

## **RT DE: News, Analyse und Meinung**

### **Artikel der Woche, 01.03.–07.03.2024**

#### **Inhaltsübersicht**

News.....	1
Analyse.....	12
Meinung.....	35

#### **News**

##### **Transkript des Gesprächs deutscher Offiziere über Angriffsvarianten auf Krim-Brücke veröffentlicht**

<https://freedert.online/inland/197959-transkript-angeblichen-debatte-deutscher-offiziere/>

01.03.2024

**Die RT-Chefredakteurin veröffentlichte auf ihrem Telegram-Kanal die Transkription von Audio-Mitschnitten. Demnach sind hohe Offiziere der deutschen Bundeswehr direkt in die Planung von Anschlägen auf die Krim-Brücke bei Kertsch involviert. Die Originalaufnahmen stammen von der russischen Aufklärung.**

Die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan schrieb auf ihrem Telegram-Kanal, ihr seien Audioaufnahmen zugänglich gemacht worden, aus denen hervorgeht, dass die deutsche Bundeswehr direkt in die Anschlagplanung auf die Brücke von Kertsch zum russischen Festland involviert ist. Demnach handelt es sich um ein Gespräch zwischen hochrangigen Offizieren der Bundeswehr, das von der russischen Aufklärung mitgeschnitten wurde.

Inzwischen hat Simonjan erste Teile der Transkription des Mitschnitts veröffentlicht. Am Gespräch mutmaßlich beteiligt sind der Inspekteur der deutschen Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, sowie weitere namentlich nicht genannte Führungskräfte, die für die Planung und Durchführung von Missionen zuständig sind.

Laut der Transkription diskutierten die Beteiligten die Effizienz des Einsatzes von britischen

Marschflugkörpern Storm Shadow und baugleichen französischen SCALP-EG, die bereits an die Ukraine geliefert wurden.

*"Da komme ich dann drauf, dass es so zwei interessante Targets halt gibt: Einmal so eine Brücke im Osten und einmal Mun(itions)-Depots, wo wir rein kommen. Die Brücke im Osten ist halt schwer zu erreichen, und die Pfeiler sind relativ klein, und das kann halt der Taurus darstellen, und die Mun-Depots – da kommen wir halt durch. Und wenn ich das jetzt berücksichtige und vergleiche, wie viele Storm Shadows und HIMARS abgeschossen wurden, da kann man ganz gut alle Einstellungsmerkmale halten. Da habe ich mir so drei Routen rausgesucht, wo ich sagen würde, geht's da um die Brücke oder geht's da um Mun-Depots?"*

Dem Transkript zufolge diskutierten die Offiziere, dass ein erfolgreicher Angriff auf russische Infrastruktur vorher zusätzlich weitere Daten und Satellitenaufklärung erfordere. Sie sprechen zudem von mindestens einem Monat Vorbereitungszeit.

Einer der Offiziere merkte an, dass aufgrund der Länge der Brücke auch 20 Raketen nicht ausreichen werden, um nennenswerten Schaden anzurichten. Er verglich die Brücke mit einer Landebahn.

*"Sie wollen die Brücke zerstören, denn sie hat nicht nur strategische, sondern auch politische Bedeutung... Es wäre bedenklich, hätten sich eine direkte Verbindung von uns zu den ukrainischen Streitkräften nachweisen ließe", sagte Gerhartz.*

Die Offiziere diskutierten, wie eng die Bundeswehr in die Planung und Vorbereitung einbezogen werden kann, um nicht unmittelbar als Kriegspartei zu erscheinen. Man müsse vorsichtig sein und dürfe nicht Rote Linien überschreiten:

*"Dann macht es auch keinen Unterschied, ob wir unsere Leute in Büchel das planen lassen oder in Schrobenhausen – beteiligt ist beteiligt. Wenn wir dem Minister jetzt sagen – ich überspitze mal ein bisschen: Wir planen die Daten und fahren sie dann von Polen aus mit'm Auto rüber, damit es keiner mitkriegt, (dann) stell dir mal vor, das kommt an die Presse. Das sind glaube ich keine akzeptablen Lösungen."*

Die Offiziere erarbeiten einen mehrstufigen Plan. Ziel sollen zunächst Angriffe auf russische Munitionsdepots sein. Später soll der Angriff auf die Krim-Brücke erfolgen.

*"Man muss ganz klar sagen – je länger ihr wartet mit einer Entscheidung, umso länger dauert es hinterher, um es richtig umzusetzen. Und diese Abstufung, erstmal was Einfaches, später mal was Größeres oder eine Frage an die Briten: Könnt ihr uns am Anfang unterstützen?"*

Im Anschluss wird über unterschiedliche Konzepte der Ausbildung gesprochen. Mit einer schnellen, wenige Wochen dauernden Ausbildung soll die Grundlage für Angriffe auf russische Munitionsdepots geschaffen werden. Eine längere, umfassendere Ausbildung soll den Angriff auf die Krim-Brücke vorbereiten.

*"Entweder wir müssen die Ausbildung aufteilen, dass wir sagen: Wir machen einen Fast Track und einen Long Track. Und der Long Track – dann sind die da halt für vier Monate und lernen es komplett richtig, mit 'Wie mach' ich's mit 'ner Brücke?' Und in den Fast Track geht es erst mal um den schnellen Einsatz, nach zwei Wochen, dass ich weiß, was ich mit einem Munitions-Depot mache."*

Deutschland versucht im Ukraine-Konflikt bisher, eine direkte, offensichtliche Konfrontation mit Russland zu vermeiden. Gleichzeitig unterstützt Deutschland an vorderster Linie die Ukraine sowohl finanziell als auch mit umfassenden Waffenlieferungen. Ziel ist es, der Ukraine zu einem Sieg über Russland zu verhelfen. Diplomatische Verhandlungen über eine Beendigung schließt vor allem die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) aus.

Bisher schließt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine aus. Allerdings werden diese Waffen mit einer Reichweite von Hunderten von Kilometern vonseiten Kiews gefordert. Das Kiewer Regime genießt für seine Waffenforderungen breite Unterstützung unter maßgeblichen deutschen Politikern. Der Druck auf den Bundeskanzler ist demnach hoch. Ein Angriff mit deutschen Taurus-Marschflugkörpern auf russische Infrastruktur würde von Russland mit hoher Wahrscheinlichkeit als deutsche Kriegsbeteiligung zu werten sein, da die Steuerung solcher Marschflugkörper zweifelsfrei der deutschen Unterstützung, auch in Form der Bereitstellung von Daten, bedarf.

\* \* \*

## **Nicaragua verklagt Deutschland wegen Beihilfe zu Völkermord vor dem IGH**

<https://freedert.online/inland/198045-nicaragua-verklagt-deutschland-wegen-beihilfe/>

02.03.2024

**Deutschland positioniert sich an der Seite Israels. Dies hat nun Konsequenzen. Nicaragua verklagt Deutschland vor dem IGH wegen Beihilfe zum Völkermord. Israel wird vorgeworfen, Genozid an den Palästinensern zu begehen. Deutschland unterstützt Israel finanziell und mit Waffen.**

Nicaragua hatte bereits angekündigt, Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verklagen zu wollen. Nun hat das Land diesen Schritt vollzogen. In einer Pressemitteilung informiert der IGH über den Eingang der Klageschrift. Nicaragua wirft Deutschland den Verstoß gegen seine Verpflichtung zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord vor.

Hintergrund ist die Klage Südafrikas gegen Israel wegen des Genozids an den Palästinensern, die ebenfalls vor dem IGH behandelt wird. Mit einer Eilentscheidung hat der IGH deutlich gemacht, dass er die Klage Südafrikas als berechtigt ansieht. Das Hauptverfahren steht allerdings noch aus. Deutschland positioniert sich dessen ungeachtet an der Seite Israels – aus Gründen der Staatsräson, wie es offiziell heißt.

Einer Pressemitteilung des Bundeskanzleramts zufolge habe Olaf Scholz (SPD) am 18. Oktober 2023 erklärt:

*"Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson – es ist die Maxime, nach der die Bundesregierung handelt. ... Es sei in der aktuellen Situation völlig klar, dass Israel das völkerrechtlich verbriefte Recht – und auch die Pflicht – habe, sich gegen diesen Terror zu wehren."*

Deutschland sieht sich vor der Erfahrung des Holocausts in einer moralischen Verantwortung gegenüber Israel und legt diese Verantwortung als Pflicht zur bedingungslosen Unterstützung aus. Das umfasst allem Anschein nach auch die Unterstützung Israels beim Völkermord. Deutschland liefert Waffen und Waffensysteme, mit denen Israel nach allgemeiner Auffassung gezielt und mit

äußerster Brutalität gegen Zivilisten und die zivile Infrastruktur in Gaza vorgeht.

In einer Pressekonferenz Ende Oktober äußerte der Bundeskanzler, er habe "keine Zweifel", dass sich Israel an das Völkerrecht halte. Das wirkte bereits damals angesichts der enormen Zerstörungen in Gaza und der hohen Zahl ziviler Opfer zynisch.

Die Haltung Deutschlands stößt international auf Kritik. Das deutsche Narrativ, Israel sei ausschließlich Opfer, verfängt im Ausland nicht. Die begrenzte Reichweite der deutschen Auffassungen zu Ereignissen von geopolitischer Bedeutung wird in Deutschland regelmäßig übersehen.

In der Klage vor dem IGH argumentiert Nicaragua, dass Deutschland durch die Bereitstellung politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung für Israel und die Streichung der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für das Palästinensische Flüchtlingshilfswerk im Nahen Osten (UNRWA) den Genozid Israels an den Palästinensern aktiv unterstützt.

*"Deutschland erleichtert die Verübung eines Völkermords und ist seiner Verpflichtung eindeutig nicht nachgekommen, alles zu tun, um einen Völkermord zu verhindern", heißt es in der Klage.*

Ursprünglich hatte Nicaragua angekündigt, auch die Niederlande wegen Beihilfe zum Genozid zu verklagen. Allerdings hat ein niederländisches Gericht angesichts der anhängigen Klage Südafrikas gegen Israel die Auslieferung weiterer Kampfjets an Israel untersagt.

Mit der Klage Nicaraguas ist klar, dass im Fall einer Entscheidung des IGH im Hauptverfahren zugunsten Südafrikas der aktuellen Bundesregierung juristische Konsequenzen drohen. Es wäre das erste Mal, dass sich Mitglieder einer deutschen Regierung in Den Haag wegen der Unterstützung von Völkermord rechtfertigen müssten und mit einer Bestrafung zu rechnen hätten.

\* \* \*

## **Medwedew: Deutschland bereitet sich auf Krieg gegen Russland vor**

<https://freedert.online/russland/198154-medwedew-deutschland-bereitet-sich-auf/>

03.03.2024

**Dmitri Medwedew sieht sich durch die öffentlich gewordenen Pläne eines Taurus-Angriffs auf die Krim-Brücke bestätigt und Deutschland weiterhin auf dem Weg in einen heißen Krieg gegen Russland. Das gelte selbst dann, wenn Kanzler Scholz nichts darüber wusste, so Russlands Ex-Präsident am Sonntag.**

Der frühere russische Präsident, langjährige Regierungschef und heute stellvertretende Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat am Sonntag vor einem unmittelbar bevorstehenden deutsch-russischen Krieg gewarnt. Deutschland bereite sich derzeit intensiv auf diesen vor, schrieb der Politiker auf seinem Telegram-Kanal.

Er denke, dass nach der Informationsbombe rund um den geleaketen Mitschnitt einer geheimen Beratung hoher Luftwaffen-Offiziere ein Weißwaschen der in Berlin regierenden Koalition einsetzen werde, schrieb Medwedew. Man werde behaupten, dass dies alles "Machenschaften der Militärs" seien, das "solches Gerede" und Kriegsspiele liebe. Die zivile politische Führung, werde man sagen, habe damit nichts zu tun:

*"Besonders an der Spitze dieser Führung steht ein friedliebender Typ (alias beleidigte*

*Leberwurst): Scholz, der sich weigert, den Banderiten Raketen mit erhöhter Reichweite zu übergeben."*

Niemand könne indes sicher sagen, ob die politische Führung und der Leberwurst-Kanzler persönlich über die Pläne des Militärs Bescheid wussten. Doch selbst wenn man zugunsten von Scholz annähme, dass er in die Planungen des Angriffs auf die Krim-Brücke nicht involviert gewesen ist, sei dies nicht unbedingt besser, argumentiert Medwedew:

*"Auch wenn er es nicht weiß und nichts dergleichen angeordnet hat, kennt die Geschichte viele Beispiele, in denen Militärs in der Lage waren, über die Köpfe ihrer zivilen Chefs zu entscheiden, ob sie Kriege beginnen. Sie würden zu Scholz kommen und sagen: 'Herr (Reichs-)Kanzler, eine Rakete wurde in der Ukraine abgeschossen. Nach Typ und Flugbahn war sie auf dem Weg nach Berlin.' Was wird Scholz dazu sagen, hm? Klar wie Kloßbrühe."*

Versuche, das Gespräch der Bundeswehroffiziere als ein Spiel mit Raketen und Panzern darzustellen, seien böswillige Lügen, schreibt der Ex-Präsident und zieht das Fazit:

*"Deutschland bereitet sich auf einen Krieg mit Russland vor."*

Wie aus dem am Freitag durch RT-Chefin Margarita Simonjan veröffentlichten Mitschnitt einer vertraulichen Beratung von vier hochrangigen Offizieren der deutschen Luftwaffe hervorgeht, bereitet sich das deutsche Militär auf die Übergabe deutscher Marschflugkörper des Typs "Taurus" an Kiew in dem klaren Bewusstsein vor, dass das dortige Regime sie für einen Terroranschlag auf die Krim-Brücke braucht und nutzen wird. Taurus habe hinsichtlich der Krim-Brücke ein "Alleinstellungsmerkmal" gegenüber anderen westlichen Flugkörpern und werde die Zerstörung dieses einmaligen Bauwerks erfolgreich bewerkstelligen, zeigten sich die deutschen Generäle in dem Gespräch überzeugt.

Darüber hinaus ergibt sich aus dem Mitschnitt, dass das Zentrum Luftoperationen der Bundeswehr den Anschlag auf die Krim-Brücke bereits durchgeplant habe und das dafür entwickelte Know-how an ukrainische Soldaten im Rahmen eines Ausbildungslehrgangs "inklusive Brückenoption" übergeben möchte. Ebenso ist man bereit, für die Programmierung der Flugkörper erforderliche Rohdaten, die eigentlich "nur für deutsche Augen" bestimmt sind, an Kiew zu übergeben und unterhält sich über Möglichkeit, den Datentransfer so zu verschleiern, dass die Beteiligung Deutschlands an dem Terrorakt nicht offensichtlich werde.

In Russland wurde wiederholt betont, dass ein Angriff auf die Krim-Brücke oder sonstiges russisches Hoheitsgebiet mit Beteiligung westlicher Mächte rote Linien überschreiten und als Kriegaakt gewertet würde.

\* \* \*

## **Munitionslieferungen kostenlos? Selenskij und EU im Streit**

<https://freedert.online/europa/198269-selenskij-und-eu-streiten-ob-munitionslieferungen-kostenlos/>  
04.03.2024

**Die Ukraine und die Europäische Union streiten aktuell darüber, ob Europa Kiew eine Million Stück Artilleriemunition kostenlos oder insgesamt (in der Summe geschenkter und käuflich erworbener Geschosse) zu liefern habe. Selenskij beschwerte sich zu Unrecht, sagte am Montag ein EU-Kommissar im französischen Radio.**

Die EU und der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij haben offenbar eine unterschiedliche Wahrnehmung der Zusagen, die Brüssel der Ukraine über die Lieferung von Artilleriemunition gegeben hat. Selenskij besteht darauf, dass die zugesagten 1 Million Schuss Artilleriemunition, die im laufenden Jahr der ukrainischen Armee von den europäischen Ländern geliefert werden sollen, kostenlos zu übergeben sind. Er moniert zugleich, dass bislang nur 300.000 Artilleriegranaten der Ukraine unentgeltlich ausgehändigt worden seien.

Dem widersprach am Montag der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton in einem Interview mit dem Radiosender *Franceinfo*. Selenskij habe sich laut Breton geirrt und bei seiner Beanstandung nicht berücksichtigt, dass Kiew einen Teil der Munition aus der zugesagten Million kaufen müsse:

*"Die Realität ist, dass die 27 Mitgliedsstaaten im vergangenen März beschlossen haben, eine Million Granaten in einem Jahr zu liefern. Es hieß 'Lieferung', nicht 'Geschenk'."*

Nach Ansicht des EU-Kommissars spreche der ukrainische Präsident zu Unrecht "von einer unentgeltlichen Übertragung." Denn Unentgeltlichkeit sei nicht für die gesamte zugesagte Menge vorgesehen gewesen.

Breton zufolge gebe es drei Möglichkeiten, Munition zu liefern, die Spende sei nur eine davon. Im Rahmen der europäischen Initiative wurden 300.000 Granaten an Kiew kostenlos übergeben, und bis Ende März wird sich diese Zahl auf 550.000 erhöhen. Zusammen mit den Geschossen, die Kiew käuflich erwerbe, werde die zugesagte Gesamtmenge schon dann übererfüllt sein.

*"Es gibt noch zwei weitere Kanäle für Lieferungen. Der erste ist der Kauf von Granaten durch die Ukraine direkt von europäischen Rüstungsunternehmen. Die Ukraine hat bereits mehr als 350.000 Granaten gekauft. Es sind (in der Summe gekaufter und geschenkter Munition) also bereits 900.000. (...) Und dann gibt es noch bilaterale Lieferungen zwischen bestimmten Nachbarstaaten, die nicht bekannt gegeben werden", fügte der EU-Kommissar hinzu.*

Breton bezeichnete es als unwahr, dass die EU nicht in der Lage sein werde, die Ukraine mit einer Million Schuss Munition zu versorgen: Ende März werde sie über 550.000 kostenlose Granaten verfügen, und die Gesamtmenge werde weit über einer Million liegen.

Vor einem Jahr hatte die EU zugesagt, die Ukraine innerhalb von 12 Monaten mit einer Million Granaten zu versorgen. Zu diesem Zweck stellte sie eine Milliarde Euro aus der Europäischen "Friedensfazilität" und weitere 500 Millionen Euro aus dem EU-Verteidigungshaushalt bereit.

Im Januar beschwerte sich der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexei Danilow, dass Kiew nur ein Drittel dieser Menge erhalten habe. Der Chef der EU-Diplomatie, Josep Borrell, begründete die Verzögerung mit Schwierigkeiten bei der Produktion von Granaten und der Sorge der Länder um die Erschöpfung ihrer eigenen Arsenale.

Russland hat wiederholt erklärt, dass westliche Militärhilfe für die Ukraine nichts Gutes bedeute und den Konflikt nur verlängere, während Waffentransporte zu einem legitimen Ziel für die russische Armee würden.

\* \* \*

## Olaf Scholz bestreitet, dass Friedensverhandlungen Ende März 2022 kurz vor dem Erfolg standen

<https://freedert.online/inland/198446-olaf-scholz-bestreitet-dass-friedensverhandlungen-vor-abschluss-standen/>

05.03.2024

**Obwohl inzwischen sogar der Wall Street Journal den Ende März 2022 in Istanbul paraphierten Entwurf eines Friedensvertrags zwischen Russland und der Ukraine veröffentlicht hat, bestreitet Olaf Scholz in einem Interview mit der "Sächsischen Zeitung" diese Tatsache vehement.**

*Von Alexej Danckwardt*

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat in einem Interview mit der *Sächsischen Zeitung* am Dienstag bestritten, dass russisch-ukrainische Friedensverhandlungen in Istanbul Ende März 2022 kurz vor einem erfolgreichen Abschluss standen. Er bezeichnete entsprechende Berichte, die es aus unterschiedlichen Quellen gibt, als "russische Propaganda".

Wörtlich sagte Scholz:

*"Nein, das ist russische Propaganda. Da wird behauptet, es hätte zwischen der Ukraine und Russland einen fertigen Friedensvertrag gegeben, aber wahlweise hätte ihn mal Boris Johnson, mal Joe Biden verhindert. Völliger Unsinn. Die Wahrheit ist: Die Gespräche zwischen der Ukraine und Russland sind deshalb abgebrochen worden, weil Russland seine Truppen umverlegt hatte und im Osten eine Großoffensive begann und die Gräueltaten und Massaker von Butcha bekannt wurden. Das hat den damaligen Gesprächen die Grundlage entzogen."*

Auf der anderen Seite beharrte der Bundeskanzler in dem Interview auf seiner Ablehnung der Lieferung von Marschflugkörpern des Typs "Taurus" in die Ukraine:

*"Wir liefern aber nicht auf Zuruf, sondern wägen genau ab – das ist meine Verantwortung als Bundeskanzler. Deshalb habe ich vor ein paar Tagen klargestellt, dass wir das sehr weitreichende Waffensystem Taurus absehbar nicht beisteuern werden. An unserer immensen Hilfe für die Ukraine ändert das nichts. Und ich werbe seit Wochen bei unseren Freunden in Europa dafür, dass sie die Ukraine ähnlich stark unterstützen, wie Deutschland das tut."*

Auch dem Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine steht Scholz weiter ablehnend gegenüber:

*"Für mich ist ganz klar – und zwar seit Beginn des Krieges: Es darf nicht zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO kommen. Die Folgen wären unkalkulierbar. Deshalb darf es keine NATO-Truppen und keine deutschen Soldaten auf ukrainischem Boden geben."*

Dass im Zuge der Verhandlungen in Istanbul Ende März 2022 der Entwurf eines Friedensvertrags zwischen der Ukraine und Russland paraphiert werden konnte, hat zuerst der frühere israelische Regierungschef Naftali Benett berichtet. Später skizzierte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko im russischen Fernsehen die Eckpunkte des damals paraphierten Friedensvertrages: Rückzug Russland in die Ausgangsstellungen von Februar 2022, Verzicht der Ukraine auf den Beitritt zur NATO und die Stationierung ausländischer Truppen auf ihrem Gebiet, Beschränkung ihrer eigenen Truppenstärke und der Anzahl bestimmter Waffen, langfristiger Pachtvertrag die Krim betreffend, Entscheidung über die Zukunft des Donbass in gesonderten Verhandlungen.

Später zeigte der russische Präsident Wladimir Putin afrikanischen Staats- und Regierungschefs den Vertragsentwurf, der nach seinen Angaben bereits unterschriftsreif war.

Ende 2023 bestätigten mehrere ukrainische Politiker und Beamte diese Darstellung. So schilderte beispielsweise der Fraktionsvorsitzende von Selenskij's Regierungspartei im ukrainischen Parlament Dawid Arachamija in einem Fernsehinterview für den ukrainischen Sender *I+I* Ende November, dass die russische Verhandlungsdelegation ein "konkretes Ziel" verfolgt habe: die Ukraine dazu zu bringen, eine militärische Neutralität zu akzeptieren und die Bestrebungen für eine NATO-Mitgliedschaft aufzugeben. Nach den Worten von Arachamija wurde alles andere, was Russland zuvor als Ziele definiert hatte, etwa die Forderungen nach "Entnazifizierung der Ukraine", den "Schutz der Rechte der russischsprachigen Bevölkerungsgruppen und so weiter", lediglich als "kosmetische politische Würze" vorgebracht. Arachamija leitete die ukrainische Delegation in Istanbul.

Nach seinen Worten sind die Friedensverhandlungen abgebrochen worden, nachdem Boris Johnson am 9. April 2022 in Kiew war und Wladimir Selenskij den Friedensschluss "ausredete". Arachamija erinnerte in dem Interview daran, dass der damalige britische Premierminister mit den Worten interveniert habe:

*"Wir werden gar nichts unterzeichnen, ihr werdet einfach weiterkämpfen."*

Schließlich veröffentlichte *Wall Street Journal* am 1. März 2024 sogar das in Istanbul paraphierte Dokument, umso mehr wundert es, dass Olaf Scholz seine Existenz immer noch vehement bestreitet.

Was die Erklärungen für den Abbruch der Verhandlungen durch die Ukraine angeht, die der Bundeskanzler den Lesern der *Sächsischen Zeitung* aufischt, so hat es im April 2022 schlichtweg keine "russische Großoffensive" gegeben, auch nicht im Osten der Ukraine. Vielmehr hat Russland damals für Beobachter überaus überraschend seine Truppen nicht nur aus den Vororten von Kiew, sondern aus insgesamt drei ukrainischen Regionen abgezogen. Das wurde damals ausdrücklich als eine Geste des guten Willens mit Blick auf die laufenden Verhandlungen bezeichnet.

Im Zuge dieses Abzugs wurde auch die Stadt Butscha geräumt, was die zwei Tage später inszenierte Provokation ermöglichte. Was genau in Butscha geschehen ist, ist bis heute nicht aufgeklärt. Während jedes Ermittlungsverfahren weltweit mit gerichtsmedizinischen Gutachten beginnt, die Aussagen zur Todesursache und zum Zeitpunkt des Todes treffen, gibt es diese Gutachten bis heute nicht. Zumindest sind sie (anders als bei echten Ereignissen, wie dem Massaker des 2. Mai 2014 in Odessa) bis heute nicht veröffentlicht, ebenso wenig wie Namenslisten der tatsächlichen oder vermeintlichen Opfer, deren Vorlage Russland regelmäßig im UN-Sicherheitsrat fordert.

Daher spricht Russland nicht ohne Grund von einer Inszenierung, um die Friedensverhandlungen zu Scheitern zu bringen. Das unabhängig davon, als das Auftreten von Kriegsverbrechen nicht nur kein Hindernis für einen Friedensschluss ist, sondern verantwortlichen Staatsführern umso mehr Antrieb geben sollte, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Daher muss man dem deutschen Bundeskanzler bezüglich seiner Darstellung in der *Sächsischen Zeitung* zumindest Unaufrichtigkeit vorwerfen. Schlechtes Informiertsein allein kann diese Art Argumentation nicht erklären.

\* \* \*

## Auf Kriegsfuß mit den Fakten: Correctiv verbreitet Lügen über das Taurus-Desaster

<https://freedert.online/inland/198507-auf-kriegsfuss-mit-fakten-correctiv/>

06.03.2024

**"Correctiv" verbreitet erneut Desinformation. Die "Faktenchecker" dieser Plattform verbreiten, die Behauptung von Olaf Scholz sei falsch, dass Deutschland mit der Lieferung von Taurus zur Kriegspartei werde. Das Gegenteil richtig: Sollten Taurus-Marschflugkörper zeitnah in der Ukraine gegen Russland eingesetzt werden, dann ist dafür eine Kooperation mit der Bundeswehr unerlässlich.**

Aus dem abgehörten Mitschnitt von vier hochrangigen Bundeswehroffizieren geht hervor, dass sie dabei unter anderem Terroranschläge und Kriegsverbrechen gegen eindeutige Ziele in Russland planen. In Deutschland wird diese Tatsache nicht nur relativiert, sondern sogar geleugnet. Zudem wird behauptet, die Erörterungen in dem Mitschnitt würden sogar für eine Lieferung von Taurus statt dagegen sprechen. Deutschland würde nur liefern, wäre aber selbst weiter gar nicht beteiligt an dem militärischen Einsatz dieser weitreichenden Waffen.

Zunächst hatten die *Bild*-Zeitung und der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter behauptet, die Argumentation des Bundeskanzlers würde angesichts des Inhalts dieses Audio-Mitschnitts in sich zusammenfallen. Olaf Scholz lehnt eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine mit der Begründung ab, solch ein Einsatz erforderte zwingend eine Kooperation der Ukrainer mit der Bundeswehr und würde daher Deutschland tiefer in den Krieg gegen Russland ziehen. Die *Bild*-Zeitung und Kiesewetter behaupten, der Mitschnitt würde belegen, dass eine Beteiligung der Bundeswehr gar nicht notwendig sei.

Inzwischen behauptet das auch das Rechercheportal *Correctiv*. Auch die dort unter anderem aus Steuermitteln bezahlten "Faktenchecker" schreiben, der Mitschnitt belege, dass der Bundeskanzler Scholz die Unwahrheit sagt.

*Correctiv* behauptet:

*"Er sagt, auf diese Weise würde Deutschland in den Krieg mit hineingezogen. Die abgehörten Militärs besprachen dagegen in ihrer vermeintlich vertraulichen Runde, das sei nicht der Fall: Man könne ukrainische Soldaten ausbilden, um die Raketen zu steuern."*

Ein Redakteur der *NachDenkSeiten*, Florian Warweg, weist in seinem Beitrag nach, dass die Faktenchecker von *Correctiv* damit Desinformation verbreiten. Die Ausbildungszeit zur Bedienung und Programmierung von Taurus-Marschflugkörpern beträgt nach eigener Darstellung der Offiziere auch in dem Telefonat mehrere Monate. Sollte Taurus früher eingesetzt werden, dann wäre eine Kooperation mit der Bundeswehr zwingend notwendig. Das trifft insbesondere dann zu, wenn die Fähigkeiten und die Zielgenauigkeit der Taurus-Waffen in vollem Umfang genutzt werden sollen:

*"Und am Ende zeigt sich: Was bleibt, ist, dass wir denen die imagezentralisierte Missionsplanungsdaten geben müssen. Wir müssen denen grundsätzlich die \*Semobi\* geben, wenn wir die selber haben. Und die Tagesdaten, die haben wir ja, aber das müsste man denen auch irgendwie zur Verfügung stellen, weil wenn es um so kleine Ziele geht. Dann muss das halt ein bisschen genauer ausgeplant werden als nur auf einem Sat-Picture."*

Ein großer Teil der abgehörten Telefonkonferenz dreht sich um die Frage, welche Kooperation zwischen den ukrainischen Streitkräften und der Bundeswehr notwendig wäre, um Anschläge mit

Taurus-Marschflugkörper auf russische Munitionsdepots und auf die Krim-Brücke durchzuführen, und wie diese Zusammenarbeit vertuscht werden kann. Der Angriff auf zivile Infrastruktur ist ein Kriegsverbrechen. Die Krim-Brücke wird militärisch nicht genutzt. Der Transport von Waffen und Munition erfolgt nach russischen Angaben ausschließlich über den Landweg.

Die deutsche Öffentlichkeit wird systematisch durch *Correctiv*, durch Medien wie die *Bild*-Zeitung und durch maßgebliche deutsche Politiker getäuscht. Die Bewertung lässt sich so zusammenfassen: Auch die selbsterklärten Faktenchecker von *Correctiv* verbreiten erneut Desinformation und täuschen das deutsche Publikum. In dem Beitrag von *Correctiv* wird beispielsweise auch behauptet, Russland hätte Botschaftsmitarbeiter mit elektromagnetischer Strahlung attackiert. Auch diese Behauptung ist längst ganz offiziell widerlegt, wie der Beitrag auf den *NachDenkSeiten* nachweist.

Bereits von dem angeblichen "Vertreibungsplan der AfD", den *Correctiv* den deutschen Medienkonsumenten als das Ergebnis einer investigativen Recherche verkaufte, ist inzwischen nichts mehr übrig. Auch in diesem Zusammenhang hatte *Correctiv* die deutsche Öffentlichkeit absichtlich getäuscht.

\* \* \*

## Zu "prorussisch" – Tschechien spricht nicht mehr mit Slowakei

<https://freedert.online/europa/198638-zu-prorussisch-tschechien-spricht-nicht-mehr-mit-slowakei/>

07.03.2024

**Der differenziertere Kurs der Slowakei gegenüber Moskau sorgt für Spannungen zwischen den Regierungen in Prag und Bratislava. Vor allem Tschechien gebiert sich als Musterschüler, wenn es um die Verurteilung Moskaus geht.**

Tschechiens Regierung unter Premier Petr Fiala hat bei ihrer Sitzung am Mittwoch in Prag beschlossen, geplante Regierungskonsultationen mit dem slowakischen Kabinett des Premiers Robert Fico abzusagen.

Damit reagiere man auf die "versöhnliche Rhetorik" der slowakischen Regierung in Bratislava gegenüber Russland.

"Wir halten einige ihrer Aktivitäten für problematisch", begründete Fiala den Schritt. Die Abhaltung der üblichen Treffen sei derzeit "nicht angemessen", hieß es weiter. Fiala fügte hinzu:

*"Wir waren uns einig, dass wir es nicht für angemessen halten, in den kommenden Wochen oder Monaten zwischenstaatliche Konsultationen mit der Regierung der Slowakischen Republik abzuhalten, wie wir es in Betracht gezogen haben."*

Man sei davon überzeugt, dass das jetzt nicht notwendig sei, teilte Fiala nach der Kabinettsitzung mit und fügte hinzu, dass die tschechische die slowakische Seite bereits über den Schritt informiert habe. Fiala ergänzte:

*"Wir sind uns der engen Bindungen zwischen der tschechischen und der slowakischen Gesellschaft bewusst. Wir werden unsere Zusammenarbeit fortsetzen und sind an der Entwicklung von Beziehungen und Projekten interessiert."*

Und weiter:

*"Allerdings lässt nichts darüber hinwegtäuschen, dass es bei einigen außenpolitischen*

*Themen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Es gibt Aktivitäten [seitens Bratislava, Anm. d. Red.], die wir für problematisch halten."*

Als einen der Gründe für das Vorgehen sieht die tschechische Regierung beispielsweise, dass der slowakische Außenminister Juraj Blanár am Samstag mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow im türkischen Antalya zusammentraf.

Prag nimmt im Ukraine-Konflikt wie die meisten westlichen EU-Länder eine dezidierte Position gegen Russland ein. Fico, der erst seit ein paar Monaten im Amt ist, führt die Slowakei auf einen differenzierteren Kurs, ähnlich dem Ungarns.

Fico reagierte empört auf die Ankündigung aus Prag. Die tschechische Regierung habe beschlossen, die slowakisch-tschechischen Beziehungen nur deshalb zu gefährden, weil sie daran interessiert sei, den Krieg in der Ukraine zu unterstützen, während die slowakische Regierung offen über Frieden spreche, konterte Fico noch am Mittwochabend in einer Erklärung.

Nach Angaben des slowakischen Ministerpräsidenten wird der Schritt der tschechischen Regierung keinen Einfluss auf die "souveräne Außenpolitik" Bratislavas haben.

Fico schrieb in einer Erklärung:

*"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident der tschechischen Regierung, Herr Fiala, die Beziehungen zwischen unseren Bürgern, den Tschechen und den Slowaken, sind einzigartig."*

Dies zeige auch die Geschichte, so Fico weiter. Die slowakische Regierung werde die so engen slowakisch-tschechischen Beziehungen niemals einer Bedrohung aussetzen, fügte er hinzu.

\* \* \*

## Analyse

### Abgehörte Bundeswehr-Beratung: Deutschland plant Zerstörung der Krim-Brücke

<https://freedert.online/inland/197967-was-aus-abgehoeerten-gespraech-bekannt-wurde/>

01.03.2024

**Die Aufzeichnung eines abgehörten Gesprächs von vier hohen Luftwaffenoffizieren, die Margarita Simonjan am Freitag veröffentlicht hat, birgt vielfachen Zündstoff. Deutschland ist offenbar tiefer in die ukrainische Kriegsführung und ukrainischen Terror involviert, als wir bislang wussten.**

*Von Anton Gentzen*

RT-Chefin Margarita Simonjan hat am Freitag die Informationsbombe gezündet: Sie veröffentlichte mutmaßliche Mitschnitte einer Beratung von vier hochrangigen Offizieren der deutschen Luftwaffe, die ihr eigenem Bekunden nach von russischen Geheimdiensten zugespielt wurden. Das Gespräch soll am 19. Februar des laufenden Jahres geführt worden sein.

Darin sollen sich der Brigadegeneral der Luftwaffe der Bundeswehr Frank Gräfe, der Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz sowie zwei Mitarbeiter des Zentrums Luftoperationen, Frohstedte (bei der Schreibweise dieses Namens gibt es Zweifel) und Fenske, über Aussichten auf Lieferung und Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern in der Ukraine sowie über einen konkret innerhalb eines Monats geplanten Einsatz gegen prominente Ziele in Russland unterhalten. In der inzwischen auch veröffentlichten Audiodatei sind Stimmen von Männern zu hören, die die vier oben genannten sein könnten.

An der Authentizität der Aufzeichnung gibt es keine begründeten Zweifel. Das Bundesverteidigungsministerium in Berlin hat auf Anfragen von RT und der Nachrichtenagentur RIA Nowosti die Echtheit nicht bestritten, es hat vielmehr jeden Kommentar verweigert. Das Gespräch ist so dicht gespickt mit überprüfbaren Details, dass eine Fälschung nach gerichtspsychologischen Maßstäben sehr unwahrscheinlich erscheint. Einige Details stimmen auch mit gesicherten Informationen aus anderen Quellen und anderweitigen Erkenntnissen überein.

Die handelnden Personen sind real und agieren in dem Gespräch im Rahmen ihrer tatsächlichen Kompetenzen. Natürlich muss bis zur Bestätigung ein gewisser Restzweifel verbleiben, doch gibt es aktuell keinen Grund, die Veröffentlichung rundum zu verwerfen. Die nachstehenden Überlegungen stehen natürlich unter dem Vorbehalt der Echtheit der Aufzeichnung.

*Zwei der an mutmaßlich an der abgehörten Dienstberatung beteiligten Luftwaffen-Offiziere: Brigadegeneral Frank Gräfe (oben) und Generalleutnant Ingo Gerhartz.*

Nachfolgend die fünf aus unserer Sicht wichtigsten Erkenntnisse aus der veröffentlichten Aufzeichnung.

#### **1. Die Ukraine plant innerhalb eines Monats ab dem 19. Februar einen großen Terrorakt gegen Russland**

Frohstedte sagt in dem Gespräch:

*"Ich weiß nicht, ob wir in der Lage sein werden, die Ukrainer in kurzer Zeit, wir sprechen jetzt von einem Monat, auf eine solche Aufgabe vorzubereiten."*

Diese Zeitvorgabe (zuvor teilte dieser Offizier mit, dass die Planung einer "solchen" Operation gewöhnlich zwei Wochen dauere, aber "bei Interesse" auch verkürzt werden könne) ist insoweit vielsagend, als exakt in der besagten Zeitspanne zwei für Russland wichtige Ereignisse bevorstehen: zum einen die Präsidentenwahl, bei der vom 15. bis zum 17. März abgestimmt werden kann, zum andere der zehnte Jahrestag des Krim-Referendums am 16. März und der Unterzeichnung der Beitrittsabkommen mit der Krimrepublik und Sewastopol am 18. März. Es wird schon länger vermutet, dass Kiew diese Anlässe für Terroranschläge mit hoher Symbolwirkung nutzen will.

Frohstedte selbst gibt sich unwissend, welches Ziel Kiew innerhalb des besagten Monats unter Raketenbeschuss nehmen will:

*"Ich kam zu dem Schluss, dass es zwei interessante Targets gibt. Einmal so 'ne Brücke im Osten und einmal Munitionsdepots, wo wir rankommen. Die Brücke im Osten ist schwer zu erreichen, sie ist ein ziemlich kleines Ziel, aber der Taurus kann es schaffen. Und die Munitionsdepots, da kommen wir durch. Wenn man das alles bedenkt und damit vergleicht, wie oft Storm Shadow und HIMARS abgeschossen wurden, da haben wir ein gutes Alleinstellungsmerkmal. Und so stellt sich mir die Frage: Ist unser Ziel die Brücke oder sind es Munitionsdepots?"*

Es dürfte klar sein, dass Munitionsdepots nicht dieselbe Symbolkraft für die Zugehörigkeit der Krim und Sewastopols zu Russland haben wie die Krim-Brücke, die zugleich ein Prestigeprojekt des russischen Präsidenten persönlich ist.

## **2. Deutsches Militär hat den Anschlag auf die Krim-Brücke bereits durchgeplant**

Diesen Umstand erwähnen gleich mehrere an dem Gespräch Beteiligte. So ergibt sich aus dem vorstehenden Zitat von Frohstedte, dass er sich bereits Gedanken über die Erreichbarkeit der Krim-Brücke gemacht hat. Er legt nach und erklärt, warum nur Taurus-Marschflugkörper der Aufgabe gewachsen sind:

*"Wenn man all dies berücksichtigt und damit vergleicht, wie viel Storm Shadow und HIMARS eingesetzt wurden, stellt sich mir die Frage: Ist unser Ziel die Brücke oder sind es Militärdepots? Ist das mit den derzeitigen Unzulänglichkeiten, die RED und die Patriot haben, überhaupt erreichbar? Und ich bin zu dem Schluss gekommen, dass der begrenzende Faktor ist, dass sie in der Regel nur 24 Ladungen haben ..."*

Natürlich ist Taurus nur mit Blick auf die Brücke relevant, es gibt keinen Grund, warum 24 Ladungen für das Treffen eines Munitionsdepots nicht reichen sollten.

Auf die Frage, wie viele Flugkörper für den erfolgreichen Beschuss der Krim-Brücke erforderlich sind, geht auch Fenske ein. Er betont hier sogar ausdrücklich, dass sein Ressort sich "intensiv" mit dem Beschuss der Brücke befasst hat:

*"Ich würde gern schnell ergänzen wegen der Brücke, weil wir uns die intensiv angeguckt haben. Und die Brücke ist leider aufgrund ihrer Größe wie ein Flugplatz. Daher sind vielleicht mehr als zehn oder gar 20 Raketen erforderlich."*

Frohstedte hakt ein:

*"Wir müssen halt die Pfeiler treffen, wo sie zusammenklappt."*

Generalleutnant Gerhartz antwortet darauf so:

*"Man geht davon aus, dass der Taurus durch den Einsatz des französischen Kampfflugzeugs Dassault Rafale erfolgreich sein wird."*

Von der Wirksamkeit seiner "Wunderwaffe" ist dieser Herr jedenfalls felsenfest überzeugt:

*"Wir haben ein Supertool, und wenn wir die genauen Koordinaten (der russischen Luftabwehr) haben, werden wir es erfolgreich anwenden."*

### **3. Deutschland ist der Terrorcharakter der geplanten Taurus-Einsätze bewusst**

Dass die Ukraine deutsche Taurus-Marschflugkörper auch oder vor allem terroristisch einsetzen wird, ist den am Gespräch beteiligten Offizieren bewusst und wird von ihnen billigend in Kauf genommen. So sagt Gräfe ausdrücklich, dass ohne Planung und strenge Lenkung durch westliches Militär die Gefahr besteht, dass die ukrainischen Streitkräfte rein zivile Objekte mit hoher öffentlicher Resonanz angreifen und zerstören könnten:

*"Wenn es einen Falscheinsatz gibt und das Ding auf einen Kindergarten fällt und es auch zivile Opfer gibt."*

Aber auch, dass die Krim-Brücke kein militärisch legitimes Ziel ist, dämmert den am abgehörten Gespräch Beteiligten. Gerhartz sagt:

*"Wir wissen doch alle, dass sie (die Ukrainer) die Brücke rausnehmen wollen. Das ist klar, wir wissen auch, was es letztlich bedeutet. Dann ist die Versorgung gefährdet, die gute Insel da, ja das Herzstück, nicht nur militärisch ist sie wichtig, auch politisch. Jetzt nicht mehr ganz so fatal, wo sie ja quasi ihre Landbrücke mehr oder weniger dahin haben. Und da hat man dann eben Angst, wenn der direkte Link unserer Streitkräfte in die Ukraine geht. Und da wär dann halt immer die Frage, kann man den Krieg pullen, dass man unsere Leute abstellt zur MBDA. Dass nur 'ne direct line zwischen der MBDA und der Ukraine ist. Dann ist es weniger schlimm wie wenn die direct line unserer Luftwaffe zu finden ist."*

Im Klartext: Der Mann weiß, dass die Krim-Brücke längst keine strategische Bedeutung mehr für das russische Militär hat, seit es den direkten Landweg auf die Halbinsel gibt. Er weiß andererseits auch, dass die Brücke täglich von Zehntausenden Zivilisten in Autos und Zügen genutzt wird und ein Angriff das Potenzial hat, Hunderte Zivilisten in den Tod zu reißen.

Daraus resultieren Bedenken, die er anspricht. Es sind aber nicht Bedenken, ob Deutschland sich an der Planung und Ausführung eines glasklaren Terroraktes beteiligen darf. Der Offizier fürchtet, dass durch die offene Verbindung zum ukrainischen Militär er, die Bundeswehr und Deutschland dem Vorwurf des Terrorismus ausgesetzt sein werden, und macht sich, einem ausgewachsenen Berufskriminellen gleich, Gedanken, wie man die deutsche Mitwirkung am geschicktesten verschleiern kann.

Dass Taurus-Lieferungen am grundsätzlichen Kriegsverlauf nichts ändern werden, ist den Herrschaften übrigens ebenso bestens bekannt. Gerhartz:

*"Das wird nicht den Krieg ändern."*

#### 4. Britisches und US-Militär ist bereits in der Ukraine im Einsatz

Der Brigadegeneral der Luftwaffe Gräfe hat da allerdings eine andere Idee: Die deutsche Luftwaffe werde Ukrainer in einem zweiwöchigen Crashkurs ausbilden, um die Monatsvorgabe zu halten, die weitere Lenkung und Aufsicht sollen dann die Briten übernehmen, die offenbar schon vor Ort sind.

Man redet nun über ein zweispuriges Programm. Das lange Ausbildungsprogramm werde vier Monate dauern, man werde die Ukrainer gründlich ausbilden, auch für die "Brückenoption". Das kurze Ausbildungsprogramm werde vierzehn Tage dauern, damit die Raketen so früh wie möglich eingesetzt werden können. In der Zwischenzeit zwischen dem kurzen und dem langen Kurs will man in London fragen, ob die Briten bereit sind, die Taurus in dieser Phase einzusetzen.

An einer anderen Stelle plaudert Gerhartz das Geheimnis eines anderen Verbündeten, der USA, aus:

*"Wir wissen ja auch, dass da viele Leute mit amerikanischem Akzent in Zivilklamotten herumlaufen."*

#### 5. Sind Taurus bereits in der Ukraine?

Ein Großteil des Gesprächs befasst sich mit der Frage künftiger Taurus-Lieferungen, der diesbezüglichen Möglichkeiten des Herstellers, des für die Anpassung beim Hersteller erforderlichen Zeitrahmens und ähnlichen Themen. Jedoch wird man beim Lesen des Protokolls in seiner Gesamtheit das Gefühl nicht los, dass zumindest eine Partie der deutschen Marschflugkörper bereits in der Ukraine ist.

Das ergibt sich zum einen aus dem konkret diskutierten Einsatz binnen eines Monats, der nur von der Schnellausbildung ukrainischen Personals oder dem Einsatz vor Ort befindlicher Briten abhängt.

Zweitens: Ukrainische Flugzeuge sind offenbar bereits für den Taurus-Einsatz ausgerüstet. Gerhartz:

*"Wir müssen uns immer vergegenwärtigen: Die haben Flugzeuge, von denen sie den Storm Shadow einsetzen. Die Briten waren da und haben die Flugzeuge verkabelt. Also sind sie nicht so weit davon entfernt, dass sie auch den Taurus verwenden können."*

Die gesamten Ausführungen dazu, dass der Hersteller MBDA sechs Monate brauchen werde, um die Kompatibilität herzustellen, sind damit im Grunde hinfällig.

Drittens: Einer der am abgehörten Gespräch Beteiligten, Fenske, spricht schon von sehr detaillierten Planungen und sehr konkreten Einsatzfragen:

*"Ich muss, damit ich mich entsprechend geschickt durchsetzen kann, mich gegen die Luftverteidigung durchsetzen. Das können wir sehr gut, gehe ich mal davon aus, weil wir natürlich im Tiefflug arbeiten können und dafür von der IABG unsere NDK-Daten haben. Wir müssen die denen definitiv zur Verfügung stellen, damit ich eben 'ne 21 unterfliegen kann. Damit ich ein Optimum an Planung herausholen kann und nicht wie bei Storm Shadow über Waypoints planen muss."*

Mit so etwas unmittelbar Einsatzbezogenem befasst man sich nicht, wenn die Lieferung noch

unsicher ist. Dann ist auch klar, warum der Bundestag am 22. Februar, drei Tage nach dem abgehörten Gespräch, eine im Sinne der Taurus-Bereitstellung auslegbare Rechtsgrundlage geschaffen hat. Die politische Entscheidung, auf die die vier Luftwaffenoffiziere in ihrer Unterhaltung gewartet haben, ist damit ja praktisch schon gefallen.

Wir können aktuell nicht behaupten, dass Kiew bereits deutsche Taurus erhalten hat. Die Frage hat aber genug Substanz hinter sich, um mit allem Nachdruck gestellt zu werden.

\* \* \*

## **Der Westen verwandelt die Niederlage der Ukraine in seine eigene**

<https://freedert.online/international/198077-der-westen-verwandelt-die-niederlage-der-ukraine-in-seine-eigene/>

02.03.2024

**Unfähig, falsche Prämissen zu überdenken und Abstand von der eigenen Propaganda zu nehmen, sind die USA samt NATO-Vasallen dabei, genau das zu befördern, was sie mit ihrem Krieg in der Ukraine abzuwenden hofften: den Verlust ihrer weltweiten Hegemonie und den eigenen Untergang, wie Pjotr Akopow in seinem Essay analysiert.**

*Von Pjotr Akopow*

Es wird immer deutlicher, dass der Hauptfehler des Westens nicht einmal der Versuch war, Russland in der Ukraine zu besiegen (d. h. darauf zu setzen, Kiew in seinem eigenen Orbit zu halten), sondern Russlands Sieg mit seiner Niederlage gleichzusetzen. Seit zwei Jahren hören wir aus den westlichen Ländern immer wieder dieselbe These: Russlands Sieg wird die Niederlage des Westens sein. Neulich wurde sie vom ehemaligen französischen Premierminister Manuel Valls klar formuliert (als Kommentar zu Emmanuel Macrons Erklärung über die mögliche Entsendung europäischer Truppen in die Ukraine): "Unsere Schicksale – das französische und das europäische – sind eng mit dem Schicksal der Ukraine verknüpft. Wir können nicht einmal den hypothetischen Sieg von Wladimir Putin akzeptieren, der das Ende der ukrainischen Demokratie und die strategische, militärische, politische und moralische Niederlage Europas und des Westens bedeuten würde."

Mit anderen Worten: Alles ist so eindeutig wie möglich – ein russischer Sieg in der Ukraine wäre eine Niederlage für den Westen und daher für Letzteren kategorisch inakzeptabel. Warum wird das gesagt? Natürlich gibt es ein Element der internen Propaganda – man muss die eigenen Völker davon überzeugen, dass die Unterstützung für die Ukraine langwierig und kostspielig sein wird, aber durch die Absicht gerechtfertigt ist, die schlimmsten Folgen einer Niederlage für den Westen zu verhindern. Die Europäer und die Nordamerikaner glauben das bisher – zwar nicht in überwältigender Mehrheit, aber sie glauben es. Gleichzeitig will sich der Westen nicht direkt an einem Konflikt mit Russland beteiligen – also nicht nur seine Waffen, sondern auch seine Truppen schicken. Nicht die Eliten und schon gar nicht die Völker.

Die Situation an der Front führt jedoch dazu, dass sich der Westen an einer Weggabelung befindet – er muss sich entweder auf eine direkte Beteiligung am Krieg mit Russland oder auf die Niederlage der Ukraine einstellen. Und das ist eine Sackgasse – der Westen will und kann kategorisch keine militärischen Kontingente in die Ukraine entsenden (egal, was einige seiner Vertreter sagen), aber er kann auch die Niederlage der Ukraine nicht akzeptieren, denn er ist bereits mit seiner eigenen Niederlage konfrontiert. Wer von den westlichen Staats- und Regierungschefs ist bereit, seinen Nationen direkt zu sagen: "Wir haben verloren, Russland hat gewonnen, und das muss anerkannt werden"? Keiner von ihnen ist es, obwohl der Westen nur sich selbst die Schuld daran geben muss.

Denn eine solche Aussage zur Frage ist von Natur aus spekulativ und falsch. Der Westen hat völlig willkürlich seine Zukunft mit dem Schicksal der Ukraine verknüpft. Die Tatsache, dass der Westen unter Ausnutzung unserer Schwäche und der Verrenkung unserer Geschichte 1991 die Ukraine von Russland losreißen wollte, um die Grenzen der europäischen und der russischen Welt nach Osten zu verschieben, ändert daran nichts. Das Schicksal des Westens hängt nicht von der Zukunft der Ukraine ab, sondern von seiner eigenen Vorstellung von seinem Platz auf der Welt. Wenn er immer noch glaubt, dass er die Kraft für die Weltherrschaft im Allgemeinen (und den Sieg über Russland im Besonderen) hat, ist dies sein Hauptproblem – und die Ursache für seine künftigen Niederlagen.

Der Westen kann die Welt nicht mehr beherrschen – und sowohl die Europäer als auch die Nordamerikaner werden sich damit abfinden müssen. Ja, der Prozess des endgültigen Niedergangs der westlichen (transatlantischen) Weltordnung wird Jahrzehnte dauern, aber er ist unumkehrbar. Der Konflikt mit Russland um die Ukraine ist nur ein Teil dieses Prozesses – und sein Beitrag zur Dekonstruktion der transatlantischen Weltordnung ist unbestreitbar, aber nicht absolut. Und wenn der Westen den Einsatz erhöhen will (d. h. das Scheitern seiner Versuche, die Ukraine zu stehlen, zu seiner strategischen Niederlage zu erklären), dann ist das sein eigener und sehr großer Fehler.

Denn die Wiederherstellung der Einheit Russlands und der Ukraine ist keine katastrophale Niederlage für den Westen, sondern die Wiederherstellung des natürlichen Verlaufs unserer Geschichte – hier geht es um Russen, nicht um Europäer und Nordamerikaner. Ja, der Westen hat wieder einmal versucht, mit unseren inneren Unruhen zu spielen – und wieder einmal wird er am Ende keinen Erfolg haben. Er hat versucht, Russland in eine Katastrophe zu stürzen, doch es wird ihm nicht gelingen – aber ist das ein Grund, dies zu seiner eigenen, westlichen Niederlage und fast zu einer Bedrohung für seine eigene Zukunft zu erklären? Natürlich nicht – wenn man sich von der Realität und dem Sinn für Geschichte leiten lässt und nicht von unangemessenen Vorstellungen von der eigenen Allmacht.

Die künftige Niederlage der Ukraine mit seiner eigenen gleichzusetzen, ist für den Westen auch deshalb gefährlich, weil es ihn daran hindert, rechtzeitig innezuhalten und zu versuchen, zumindest etwas von der Ukraine in seinem Einflussbereich zu behalten. Das heißt, der Westen wäre gut beraten, Kiew zu zwingen, mit Moskau zu verhandeln und auf jede erdenkliche Weise Zugeständnisse zu machen, anstatt darauf zu hoffen, dass künftige Siege der ukrainischen Streitkräfte wenn nicht zu den Grenzen von 2014, so doch zumindest zu einer besseren Verhandlungsposition für die Ukraine führen werden. Falls der Westen zu Beginn der SMO (der Speziellen Militäroperation Russlands in der Ukraine – Anm. d. Red.) begonnen hätte, mit Russland zu "handeln", hätte er zumindest versuchen können, einen Teil der Ukraine in seiner Einflusszone zu halten (was absolut nicht in unserem Interesse und unseren Plänen liegt, doch wir sprechen hier über die Position des Westens), aber stattdessen zog er es vor, auf die Erschöpfung Russlands zu setzen und zu hoffen, dass wir von innen heraus zusammenbrechen und uns zurückziehen.

Und nun befindet sich der Westen in einer Situation, in der er, während er weiterhin behauptet, "Russlands Sieg wird unsere Niederlage sein", eine Wahl treffen muss, die er nicht treffen will, aber muss: Truppen schicken oder die Ukraine aufgeben. Die Entsendung von Truppen ist wegen des Risikos einer raschen Eskalation bis hin zum Atomkrieg unmöglich, und es ist nicht wünschenswert, Kiew ausbluten zu lassen, da sie selbst dies fast mit der Kapitulation von Berlin und Paris gleichgesetzt haben. Das Einzige, was bleibt, ist, Zeit zu schinden, aber auch das funktioniert für den Westen nicht.

Diese Erkenntnis ist auch bei den vernünftigsten westlichen Analysten angekommen, die zunehmend die Alarmglocken läuten lassen. Hier zum Beispiel ein Artikel, der neulich in der US-Zeitschrift *Responsible Statecraft* veröffentlicht wurde: "Europeans' last ditch clutch at Ukrainian

victory" von Anatol Lieven und George Beebe. Sie sind keine Russophilen, obwohl einer von ihnen ein Nachkomme unseres berühmten Adelsgeschlechts der Lieven ist und der andere, von der CIA, ein Russland-Berater von US-Vizepräsident Dick Cheney war. Die Autoren bewerten die Geschehnisse einfach objektiv: "Die militärische Situation in der Ukraine drängt die Vereinigten Staaten und die NATO in den schicksalhaften Moment der Entscheidungsfindung. Und dies geschieht schneller, als die meisten Analysten noch vor einem Monat vorausgesagt haben. Die Niederlage der Ukraine bei Awdejewka ist ein Indikator dafür, wie deutlich sich das Kräfteverhältnis zugunsten Russlands verschoben hat. Der Zusammenbruch der WSU (der Streitkräfte der Ukraine – Anm. d. Red.), die den russischen Streitkräften zahlenmäßig unterlegen und waffentechnisch von der russischen Armee dezimiert und überwältigt sind, ist nun eine sehr reale Möglichkeit geworden."

Lieven und Beebe erörtern die Möglichkeit, westliche Truppen in die Ukraine zu entsenden, und zwar nicht, um die russische Armee zu bekämpfen, sondern um die Kontrolle über einen Teil des ukrainischen Territoriums zu behalten: "Wenn die Russen einen Durchbruch schaffen, ist es denkbar, dass NATO-Truppen entsandt werden, um das zu bewahren, was von der Ukraine übrig geblieben ist, und Kiew und eine Linie zu halten, die weit genug im Osten gegen die russische Offensivfront liegt, um einen Waffenstillstand und Friedensgespräche ohne Vorbedingungen anzubieten.

Dies würde jedoch den Verlust von bedeutendem ukrainischem Territorium bedeuten. Um ein unbeabsichtigtes militärisches Zusammentreffen mit russischen Streitkräften zu verhindern, wären äußerst sorgfältige und transparente Verhandlungen mit Moskau erforderlich. Westliche Generäle würden ihre Truppen nur äußerst ungern ohne Luftunterstützung einsetzen, aber wenn NATO- und russische Luftstreitkräfte über der Ukraine operieren würden, wäre die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen ihren Luftstreitkräften in der Tat sehr hoch.

Um das Risiko auszuschließen, dass die NATO in einen Krieg mit Russland hineingezogen wird, müssten die westlichen Regierungen die Ukraine nicht nur zwingen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, sondern auch den Rückzug der WSU auf NATO-Stellungen anordnen (was viele ukrainische Soldaten wahrscheinlich ohnehin tun würden). Dann müsste es eine breite entmilitarisierte Zone zwischen beiden Seiten geben, die von UN-Truppen patrouilliert wird."

Das heißt, wir stehen vor dem Plan, die Ukraine zu teilen und den westlichen Teil mit NATO-Truppen zu besetzen. Wie realistisch ist dieser Plan? Absolut unrealistisch, denn die Stationierung westlicher Truppen wird von Russland als Vorbereitung der NATO auf einen direkten Kampf gegen uns auf ukrainischem Territorium angesehen werden. Das heißt, auf den Beginn eines militärischen Konflikts mit der NATO – was ganz andere Szenarien mit sich bringen würde.

Die angelsächsischen Analysten sind sich dessen bewusst: "Sollte die begrenzte NATO-Präsenz zu einem ausgewachsenen Krieg mit Russland und dem Eingreifen der US-Streitkräfte führen, dann wird das Risiko einer Eskalation des Konflikts bis hin zum Einsatz von Atomwaffen (zunächst taktisch und in begrenztem Umfang) dramatisch zunehmen und die Welt an den Rand eines nuklearen Armageddon bringen. Ein mögliches Szenario ist, dass Russland nach einer demonstrativen Atomexplosion (zum Beispiel über dem Schwarzen Meer) damit droht, nicht amerikanische oder europäische Städte, sondern US-Militärstützpunkte in Westeuropa anzugreifen. Wie lange werden die Nerven der europäischen Öffentlichkeit und der Regierungen noch durchhalten, bevor sie Frieden fordern?"

Die Frage ist rhetorisch – und so haben Lieven und Beebe ein Rezept, um dieses Szenario zu vermeiden. Sie schlagen einen schnelleren Beginn der Verhandlungen mit Russland vor: "Angesichts der möglichen Niederlage der Ukraine und dieser im wahrsten Sinne des Wortes

existenziellen Risiken für die Ukraine ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Druck für weitere Hilfen für die Ukraine und Erklärungen wie die von Macron von einem ernsthaften und glaubwürdigen Wunsch nach einem Kompromissfrieden mit Russland begleitet werden, solange wir noch die Möglichkeit haben, die Ukraine zu Verhandlungen zu zwingen. Ein vollständiger ukrainischer Sieg ist heute eindeutig unmöglich. Daher wird jede Einstellung der Feindseligkeiten in einer Form von Kompromiss enden. Und je länger wir warten, desto schlechter werden die Bedingungen dieses Kompromisses für die Ukraine sein und desto größer wird die Gefahr für unsere Länder und die Welt."

Das ist alles sehr offenherzig – solange noch Zeit ist, mit Moskau über die Teilung der Ukraine zu verhandeln und die Kontrolle über einen Teil der Ukraine zu behalten, wird sich die Lage für den Westen weiter verschlechtern. Wird der Westen in der Lage sein, einen solchen Rat anzunehmen? Gott sei Dank (und zu unserem Vorteil) nicht – denn er hat bereits seine eigene Propagandafiktion geglaubt, dass ein russischer Sieg seine Niederlage sein wird, und hat kein Gespür für die Dynamik des Geschehens. Anstatt das Offensichtliche anzuerkennen und zu versuchen, das zu halten, was ihnen entgleitet, werden die transatlantischen Eliten daher sehen müssen, wie sich das Geschrei über die erfundene Bedrohung durch einen fremden Sieg in eine sich selbst erfüllende Prophezeiung über ihre eigene Niederlage verwandelt.

*Übersetzt aus dem Russischen. Die Erstveröffentlichung erfolgte am 2. März 2024 auf RIA Nowosti.*

*Pjotr Akopow ist Kolumnist und Analytiker bei RIA Nowosti.*

\* \* \*

## **Montjan über Macrons Kriegspläne: "Also ziehen die Froschfresser wieder in den Osten"**

<https://freedert.online/international/198170-montjan-also-ziehen-froschfresser-wieder-in-den-osten/>  
03.03.2024

**Was steckt hinter dem jüngsten Schlagen der Kriegsgetrommel in Paris? Warum will Macron mit der Entsendung eigener Truppen in die Ukraine vorpreschen und warum lehnen andere EU-Länder solche Absichten ab? Tatjana Montjan sieht zwei Ansätze zur Erklärung und aus russischer Sicht nur eine Antwort.**

*Von Tatjana Montjan*

Nach Macrons Erklärung, dass die NATO-Länder vielleicht ihre Truppen in die Ukraine entsenden sollten, unternimmt Frankreich auch weiterhin recht seltsame Schritte. Macrons Kollegen in der Allianz schienen von dieser Idee nicht begeistert zu sein. Und im Kreml war man davon noch weniger beeindruckt. Putin wies sogar mit Nachdruck darauf hin, dass Russland "auch über Waffen verfügt, die Ziele auf seinem [Macrons] Territorium treffen können", und dass "Russlands strategische Nuklearkräfte in voller Bereitschaft sind".

Dennoch werde – laut französischen Medien – in Paris die Möglichkeit der offiziellen Entsendung eines französischen Militärkontingents in die Ukraine ernsthaft erwogen. Der Zeitung *Le Monde* zufolge "erwägt Frankreich, Spezialeinheiten und andere Militäreinheiten über die ukrainische Grenze zu lassen", um "Russland in ein strategisches Dilemma zu stürzen". Und laut *Le Figaro* plant Macron ein privates Treffen mit Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien, um den Krieg in der Ukraine zu besprechen.

Natürlich sollte man in solchen Angelegenheiten nicht ohne weiteres den Medien glauben, aber es

gibt auch keinen Rauch ohne Feuer. Es kann festgestellt werden: Frankreich ist daran interessiert, dass die Frage der Entsendung eines Kontingents der NATO-Länder in die Ukraine zumindest auf der Tagesordnung bleibt.

Wozu brauchen die Franzosen das?

Es kommen mehrere Gründe infrage. Zum Beispiel könnte es darum gehen, psychologischen Druck auf die Kreml-Führung auszuüben: Lasst euch nicht zu sehr von euren militärischen Erfolgen in der Ukraine beeindrucken, denn wir haben noch ein Ass im Ärmel, nämlich eine direkte militärische Intervention. Es ist allerdings ein Ass mit einem scharfen Beigeschmack von radioaktiver Asche, aber das ist eine andere Sache. Paris nimmt höchstwahrscheinlich an, dass Russland nicht an einem globalen thermonuklearen Krieg interessiert ist, und erwartet, dass Moskau seinen Appetit in der ukrainischen Frage daher zügeln und sich dann mit einem halbherzigen "Minsk-3" oder "Istanbul-2" zufrieden geben wird.

Inzwischen ist nun sogar Kanada (übrigens auch ein frankophones Land) bereit, sein Militär in die Ukraine zu entsenden – allerdings nicht, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Es sollte klar sein, dass das kanadische Militär kein lebendes Fleisch in Schützengräben und Kampfflugzeugen setzen will, aber sie sind bereits bereit, ukrainische Soldaten im Hinterland zu trainieren. Und dann wird sich schon irgendwie von selbst herausstellen, dass sie auch Flugzeuge oder andere weitreichende High-Tech-Waffensysteme betreiben.

Das wäre dann auch eine andere Erklärung dieses ganzen Zirkus um Macrons Reden und die Dementis von Scholz und anderen: Es sind Nebelkerzen, um die längst alltägliche und tatsächliche Beteiligung westlicher Truppen am Ukraine-Krieg zu legalisieren. Erst sind sie irgendwo im Hintergrund, dann warten sie die Ausrüstung, dann bedienen sie diese – und so wird es Schritt für Schritt immer mehr und immer intensiver, bis wir sie direkt auf dem Schlachtfeld sehen. Der Satz "Russland darf den Krieg mit der Ukraine nicht gewinnen" klingt doch ganz klar und verständlich.

Es ist nicht auszuschließen, dass der kollektive Westen, wenn die Dinge auf dem Schlachtfeld für das Speckreich [Redaktion: so nennt Montjan die Ukraine nach dem Maidan] und seine westlichen "Partner" sehr schlecht laufen, in seiner Verzweiflung offen ein NATO-Kontingent in das Bürgerkriegsland entsendet. Schließlich haben die NATO-Staaten für die Unterstützung Kiews schon sehr viel Geld aufs Spiel gesetzt, und die Niederlage des Maidan-Regimes könnte einigen von ihnen auch für ihr Prestige als zu schmerzhaft erscheinen. Natürlich würde das auf Einladung aus dem offiziellen Kiew geschehen, wo man das nur zu gerne versuchen würde.

Es ist unwahrscheinlich, dass es sich um einen direkten, klaren, erklärten Kriegseintritt handeln wird – vielmehr könnten einige NATO-Militärs einfach eine noch zu bestimmende Demarkationslinie besetzen, um der russischen Offensive eine Grenze zu setzen. Die Fortsetzung dieser Offensive gegen NATO-Truppen würde nämlich bereits den Beginn eines direkten Krieges mit der NATO bedeuten, was bedeuten würde, dass Russland anstelle von 300-400 Tausend Berufssoldaten innerhalb eines Jahres ein paar Millionen Menschen freiwillig oder zwangsweise in aller Eile mobilisieren muss. Und das ist keineswegs einfach.

Wir müssen uns also rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie Russland auf eine solche Eskalation reagieren kann – außer mit "Kuskinas Mutter" (jener allegorischen Bezeichnung von Nikita Chruschtschow für die größte jemals gezündete Wasserstoffbombe AN602, im Westen nur "Zar-Bombe" genannt).

Russland hat aktuell einen echten Vorteil auf dem Schlachtfeld, während der Westen die Situation neu bewertet und sein Engagement so gestalten will, dass unser Sieg noch verhindert werden kann.

Solange dieses Zeitfenster besteht, sollte es maximal genutzt werden, um den Feind zu vernichten, bevor die nicht mehr sehr "werten Partner" im Westen ihren militärisch-industriellen Komplex auf volle Kapazität hochgefahren und ihre Truppen auf vollwertige Kampfeinsätze vorbereitet haben.

*Tatjana Montjan ist eine ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UNO über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donbass, engagiert sich für humanitäre Hilfe und führt Videoblogs. Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen.*

\* \* \*

## **Die USA haben Taiwan zum Stolperdraht in einen Krieg gemacht. Kann China ihn umgehen?**

<https://freedert.online/international/198096-usa-haben-taiwan-zum-stolperdraht-in-einem-krieg-gemacht-kann-china-ihn-umgehen/>

04.03.2024

**Taiwan scheint eine clever platzierte Schachfigur in der US-Strategie zu sein, um China entgegenzutreten. Es besteht die reale Gefahr, dass China die Verzögerung eines raschen Handelns wie im Fall von Russland wiederholt. Eine Analyse.**

*Von Finian Cunningham*

Seit der Bürgerkrieg auf dem Festland Chinas im Jahr 1949 mit dem Sieg der Kommunisten endete, gilt die Insel Taiwan, vor der Südküste Chinas, als Zufluchtsort für antikommunistische Kräfte und als ein Spielball der USA. Die Vereinigten Staaten haben die taiwanesischen Separatisten unter von der Zeit der Diktatur von Chiang Kai-shek an bis hin zur gegenwärtigen Regierung in Taipeh unterstützt und ironischerweise Taiwan stets als "demokratisch und frei" bezeichnet.

Washington reduzierte jedoch die Unterstützung für Taiwan im Jahr 1979, nachdem die USA bestrebt waren, die Beziehungen zu Peking im Rahmen der sogenannten Ein-China-Politik zu normalisieren, die Taiwan als Teil der Volksrepublik China definiert. Die Position der USA entsprach somit der internationalen Norm, China als eine souveräne Nation anzuerkennen, in der Taiwan eine Inselprovinz bildet.

Die sogenannte Normalisierung der Beziehungen der USA zu China war jedoch nicht von ehrlichen Absichten geleitet. Sie war lediglich ein geopolitischer Schachzug, um die Beziehungen zwischen China und der damaligen Sowjetunion zu trüben. Nachdem China und Russland – unter den Präsidenten Xi Jinping und Wladimir Putin – eine strategische Allianz etablieren konnten, sind die Vereinigten Staaten erneut zu offenen Feindseligkeiten gegenüber China und zu ihrer Politik zurückgekehrt, Taiwan als Instrument zur Destabilisierung des Festlandes zu nutzen.

Nachdem die Regierung von Barack Obama im Jahr 2011 begonnen hatte, die neu definierte Strategie der "Ausrichtung auf Asien" umzusetzen, nahm Washington die Beziehungen zu Taiwan wieder ernsthaft auf, und zwar auf eine Art und Weise, die Peking mit Absicht provozieren und gleichzeitig seine Souveränität untergraben sollte.

Derzeit nehmen Spannungen um Taiwan zu, da die Vereinigten Staaten ihre Militärhilfen für den Inselstaat massiv erhöht haben. Die Natur der Waffensysteme, die geliefert wurden oder noch werden, werden zunehmend offensiver. Diese Entwicklung untergräbt nicht nur Chinas souveräne Autorität, es stellt in den Augen Pekings auch eine offensichtliche Bedrohung der nationalen

Sicherheit dar. Taiwan liegt nur 130 Kilometer vom chinesischen Festland entfernt und bildet zusammen mit der Küste Chinas eine schmale Meerenge, die Taiwanstraße.

Die jüngsten Wahlen in Taiwan wurde von einer Partei gewonnen, die sich für eine Unabhängigkeit von China ausspricht. Es gab jedoch eine größere Zahl von Stimmen für Parteien, die sich für freundlichere Beziehungen zum chinesischen Festland einsetzen. Das deutet stark darauf hin, dass das taiwanische Volk gegen eine militärische Konfrontation und für eine politische Versöhnung aufgeschlossen ist, wie sie von Peking vorgeschlagen wird. Vielleicht entwickelt sich mit der Zeit in der taiwanischen Bevölkerung eine entscheidende Mehrheit, die sich sogar eine friedliche Wiedervereinigung wünscht.

Das Problem besteht darin, dass die Vereinigten Staaten die Kontrolle darüber haben, die Spannungen mit China anzuheizen. Peking könnte somit trotz seiner friedlichen Ambitionen, irgendwann in eine militärische Konfrontation um Taiwan verwickelt werden. Dies bringt China in ein akutes Dilemma. Soll es präventiv militärisch vorgehen oder abwarten und zusehen, wie die Dinge ihren Lauf nehmen?

## **Die Rückkehr des Wettbewerbs der Großmächte**

Seit dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges im Jahr 1991, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wendeten sich die Vereinigten Staaten in den darauffolgenden drei Jahrzehnten größtenteils dem internationalen Terrorismus zu. In den vergangenen Jahren haben die USA jedoch die Sorgen um den Terrorismus abgelegt und ihre Prioritäten hin zu den strategischen Bedenken hinsichtlich des "Wettbewerbs der Großmächte" verlagert.

Russland und China gelten als die größten geopolitischen Rivalen der USA bei der Ausübung globaler Macht. Auf diese Weise kam es in Washington zu einer Rückbesinnung auf die Geopolitik und zu einer Rückkehr der Rhetorik des Kalten Krieges, wie sie in den fünf Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die internationalen Beziehungen dominierte. Während Moskau und Peking Rivalitäten ablehnen und wiederholt auf eine friedliche Koexistenz in einer multipolaren Welt gedrängt haben, versuchen die Vereinigten Staaten unermüdlich, die sogenannte "globale regelbasierte Ordnung" als von Russland und China bedroht darzustellen.

Der aktuellen US-Regierung unter Präsident Joe Biden ist es gelungen, die internationalen Beziehungen als einen existenziellen Wettbewerb zwischen "Demokratie und Autokratie" darzustellen. Dieses Nullsummenspiel ist typisch für eine Ideologie, die dem Kalten Krieg entlehnt ist und die darauf abzielt, die internationalen Beziehungen in geopolitische Lager von "wir und sie" zu spalten. Eine solche Polarisierung ist ein wesentliches Werkzeug in der Machtpolitik der USA und des Westens sowie bei der Förderung der hegemonialen Ambitionen Washingtons.

Durch die Aufteilung der Welt in "Blöcke", sind die daraus resultierenden Konfliktbeziehungen und Spannungen dem US-Militarismus zuträglich. Mit anderen Worten: Kooperative friedliche internationale Beziehungen, wie sie Russland und China in ihren multipolaren Visionen anstreben, sind ein Gräuel für das Streben der USA nach Hegemonie auf der Grundlage einseitiger Vorherrschaft.

## **Für die Vereinigten Staaten ist China der Feind Nummer eins**

In mehreren strategischen Planungsdokumenten der USA wird der Schwerpunkt ausdrücklich auf den "Wettbewerb der Großmächte" gelegt. Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2022 definiert die vorrangigen Ziele der USA. In diesem Dokument heißt es:

*"Wir befinden uns jetzt in den ersten Jahren eines entscheidenden Jahrzehnts für die Vereinigten Staaten und für die Welt als Ganzes. Bedingungen für den geopolitischen Wettbewerb zwischen den Großmächten werden festgelegt und die Ära nach dem Kalten Krieg ist endgültig vorbei. Zwischen den Großmächten ist ein Wettbewerb in Gang gekommen, bei der Gestaltung von dem, was als nächstes kommt."*

Der strategische Ausblick macht China eindeutig zur größeren Bedrohung für die Macht der USA als Russland. In dem Dokument heißt es weiter:

*"Russland und die Volksrepublik China stellen unterschiedliche Herausforderungen dar. Russland ist eine unmittelbare Bedrohung für das freie und offene internationale System und missachtet rücksichtslos die Grundregeln der internationalen Ordnung, wie sein brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt hat. Im Gegensatz dazu ist die Volksrepublik China der einzige Rivale, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch zunehmend über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, dieses Ziel voranzutreiben."*

Ein weiteres wichtiges US-Planungsdokument, die Nationale Verteidigungsstrategie aus dem Jahr 2022, definierte China ebenfalls als "wachsende Herausforderung" für die US-amerikanische Vormachtstellung. Es wurde festgestellt, dass China "der einzige Rivale der Vereinigten Staaten mit der Absicht und der zunehmenden Fähigkeit ist, die internationale Ordnung umzugestalten".

Der Begriff "wachsende Herausforderung" ist ein Euphemismus für "Feind Nummer Eins". Die Einstufung Chinas gegenüber Russland als größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA wurde in den Nationalen Verordnungen zur Verteidigungsgenehmigung für 2023 und 2024 bekräftigt. Diese Verordnungen regeln die jährlichen US-Militärausgaben von über 850 Milliarden US-Dollar – etwa das Vierfache der Militärausgaben Chinas und mehr als das Achtfache jener Russlands.

Der Krieg in der Ukraine, der im Februar 2022 ausbrach, hat die Spannungen und die Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Russland sicherlich verschärft. Dies könnte den Eindruck erwecken, dass Russland von Washington als größere Bedrohung angesehen wird als China. Doch trotz der hitzigen Rhetorik und des Krieges in der Ukraine besteht die strategische Perspektive nach Ansicht der US-Planer darin, dass China langfristig als Hauptrivale wahrgenommen wird. Sogar der russische Präsident Wladimir Putin gab kürzlich in einem Interview mit dem US-Journalisten Tucker Carlson zu, dass China in Washington als größere Bedrohung angesehen wurde als Russland. "Der Westen hat mehr Angst vor einem starken China als vor einem starken Russland", sagte Putin.

## **Die USA planen einen Krieg mit China**

Die US Air Force kündigte am 12. Februar 2024 eine umfassende Überarbeitung und Erweiterung der Streitkräftestruktur im asiatisch-pazifischen Raum an. Darin wurde China ausdrücklich als eine Bedrohung und als Grund für die erneute militärische Aufrüstung genannt, im Hinblick auf einen "Intensivkonflikt". Als der zivile Chef der US-Luftwaffe, Frank Kendall, im Jahr 2022 auf seinen Posten berufen wurde, erklärte er vor dem US-Kongress, dass seine drei Prioritäten lauteten: "China, China, und China." Mehrere hochrangige US-amerikanische Kommandeure haben öffentlich davor gewarnt, dass sich die Vereinigten Staaten in den nächsten fünf Jahren in einem Krieg mit China befinden könnten. Und sie nannten Taiwan als auslösenden Krisenherd.

Diese Kriegsplanung führt zu einer allgemeinen militärischen Aufrüstung der USA im asiatisch-pazifischen Raum, die sowohl Luftwaffe, Marine und Landstreitkräfte umfasst. Washington hat

militärische Stützpunkte und Raketensysteme in Australien, Japan, Südkorea, den Philippinen, Guam und, was am provokantesten ist, auf dem chinesischen Territorium Taiwan selbst ausgebaut.

Am 16. Januar 2024 berichteten taiwanesischen Medien, dass das Inselterritorium an seiner Ostküste, mit Blick auf die Straße von Taiwan und das chinesische Festland, zwei neue Abschussanlagen für Raketen baut. Die Neubauten sind auf die erwartete Lieferung weiterer Raketen aus den USA für die Abwehr von Schiffen zurückzuführen. Den Berichten zufolge sind fünf weitere solcher Anlagen in Planung. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass die USA in den kommenden Jahren eine militärische Konfrontation mit China erwarten und dementsprechend langfristig planen.

### **Taiwan ist der wichtigste Ausgangspunkt für Feindseligkeit der USA**

Nach den Wahlen in Taiwan am 13. Januar 2024, erklärte US-Präsident Joe Biden, dass die USA eine "Unabhängigkeit" des Inselterritoriums nicht unterstützen würden. Biden bekräftigte damit öffentlich das Festhalten Washingtons an der Ein-China-Politik.

Bidens öffentliche Position zu Taiwan und zu China muss jedoch als Teil der "strategischen Ambiguität" der Vereinigten Staaten verstanden werden. Offiziell behauptet Washington, China als alleinige souveräne Macht in Bezug auf Taiwan anzuerkennen. In der Praxis hingegen deuten die Maßnahmen der USA auf eine andere, hinterhältige Agenda hin.

Als der chinesische Präsident Xi Jinping im November 2023 beim APEC-Gipfel in San Francisco auf Biden traf, bekräftigte die US-amerikanische Seite ihre Verpflichtungen im Rahmen der Ein-China-Politik. Auf diesem Gipfel forderte Präsident Xi die Vereinigten Staaten auf, die Bewaffnung Taiwans einzustellen. Er sagte, Taiwan sei das "explosivste" Problem und warnte davor, dass China Gewalt anwenden werde, wenn die Angelegenheit im Hinblick auf die Wiedervereinigung nicht diplomatisch gelöst werde. Unter Biden und seinem Vorgänger, dem republikanischen Präsidenten Donald Trump, haben die USA ihre Waffenlieferungen an Taiwan stark hochgefahren. Provokant dabei ist, dass die USA beschlossen haben, die Ermahnungen von Präsident Xi, von einer weiteren Bewaffnung Taiwans abzusehen, zu ignorieren.

Der gemeldete Ausbau von Abschussanlagen für Raketen und die Lieferung von US-Raketen an Taiwan deuten darauf hin, dass Washington einen Kurs eingeschlagen hat, um China zu verärgern, indem es dessen Souveränität über Taiwan untergräbt.

Am 8. Februar 2024 wurde erstmals von US-amerikanischen und taiwanesischen Medien berichtet, dass US-Spezialeinheiten dauerhaft in Taiwan und den benachbarten Kinmen-Inseln, nahe dem chinesischen Festland, stationiert werden sollen. Diese Entwicklung stellt einen schweren Verstoß der USA gegen die Ein-China-Politik dar. Es relativiert zudem die Zusagen, die Biden gegenüber Xi Jinping während des APEC-Gipfels gemacht hatte. Darüber hinaus dienen US-Streitkräfte in Taiwan dem Zweck einer beleidigenden Konnotation. Das US-Personal soll sich Berichten zufolge damit beschäftigen, taiwanesischen Militäreinheiten für Konflikte auszubilden und Chinas Streitkräfte auf dem gegenüberliegenden Festland auszuhorchen.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese neusten militärischen Entwicklungen in Taiwan nach einem Treffen zwischen dem Nationalen Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, und dem hochrangigen chinesischen Diplomaten Wang Yi erfolgten, das am 26. Januar in Thailand stattfand. Anfang Februar nahmen chinesische und US-amerikanische Beamte nach einem zweijährigen Moratorium erneut "Gespräche auf hoher Ebene" im Pentagon auf. In westlichen Medien wurde die Gesprächsreihe als Versuch der amerikanischen Seite dargestellt, Spannungen abzubauen und die Kommunikation zwischen beiden Staaten zu verbessern. Aber auch hier scheinen solche Treffen keinem echten Versuch zur Verbesserung der Beziehungen zu dienen, sondern sind eher ein weiterer

Beleg für die "strategischen Ambiguität" der USA. Genauer gesagt sollte diese Haltung "strategische Doppelzüngigkeit" genannt werden.

Es erscheint plausibel, dass Washington nun versucht, China über seine wahren Absichten in Bezug auf Taiwan und über die umfassendere Frage der strategischen Konfrontation in die Irre zu führen. Die Regierung von Joe Biden erklärt möglicherweise, dass man an der Ein-China-Politik festhalten will und fordert eine bessere Kommunikation zwischen den Militärs beider Länder, um Konflikte zu vermeiden. Doch in der Praxis drängen die Vereinigten Staaten darauf, Taiwan mit noch mehr Waffen zu beliefern. Diese beispiellose Aufrüstung mit US-Offensivwaffen wiederholt sich auch in anderen Gebieten im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Wahl von Lai Ching-te zum taiwanesischen Präsidenten im vergangenen Januar garantiert Washington für die nächsten vier Jahre eine lautstarke "proamerikanische" Stimme in Taipeh. Lai hat sich schon früher für die Unabhängigkeit Taiwans von China ausgesprochen. Während des Wahlkampfes sagte Lai, es bestehe keine Notwendigkeit, eine solche Erklärung abzugeben, da Taiwan "bereits unabhängig" sei. Peking hat wiederholt seinen Wunsch und sein souveränes Recht auf eine vollständige Wiedervereinigung der Inseln mit dem chinesischen Festland erklärt. Präsident Xi hat jedoch gewarnt, dass sich China das Recht vorbehält, militärische Gewalt anzuwenden, um seine rechtmäßige souveräne Kontrolle über das Territorium durchzusetzen, sollte Taiwan seine Unabhängigkeit offiziell verkünden. Taiwan ist somit ein nützlicher Baustein in der US-Strategie, China im "Wettbewerb der Großmächte" entgegenzutreten.

Durch die stille Unterstützung von Politikern, die sich für die Unabhängigkeit von Taiwan aussprechen, schürt Washington separatistische Stimmungen. Die Versorgung des Territoriums mit US-Waffen und das Stationieren von US-Militärpersonal schürt zudem in Taiwan die Vorstellung, dass Washington ein militärischer Schutzschirm sei, der Taiwan bei der Verteidigung zur Seite stehen würde, falls ein Konflikt mit dem chinesischen Festland ausbrechen sollte.

Bezeichnenderweise ist der neue taiwanesischen Präsident die dritte Regierung, die von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) gestellt wird. Die DPP kam erstmals 2016 unter Präsidentin Tsai Ing-wen an die Macht und wurde in der Folge 2020 wiedergewählt. Ihr Vizepräsident Lai Ching-te wird im Mai das Amt übernehmen, sobald er als Präsident vereidigt wurde. Die DPP hat in den vergangenen acht Jahren mit der vollen Unterstützung Washingtons, sowohl unter der aktuellen Regierung von Joe Biden, als auch unter seinem Vorgänger Donald Trump, eine Unabhängigkeitspolitik vorangetrieben. Dieses politische Säbelrasseln wird wahrscheinlich auch in den kommenden vier Jahren während der Präsidentschaft von Lai anhalten.

Bezeichnend ist auch, dass in den letzten acht Jahren das taiwanesischen Arsenal an Raketen aufgestockt wurde. Vor 2016 waren die militärischen Fähigkeiten der Insel begrenzt. Durch die Lieferungen aus den USA haben Taiwans Streitkräfte nun bedeutende Fähigkeiten im Bereich ballistischer Raketen erworben, insbesondere im Bereich der Anti-Schiffs-Raketen. Die Reichweiten dieser Waffen liegen bei relativ kurzen Distanzen von bis zu 500 Kilometern und können somit die südlichen Küstenprovinzen Chinas erreichen.

Was beobachtet werden muss, ist die Versorgung mit US-Raketen mit größerer Reichweite, die auf größere strategische Ambitionen in einem Konflikt mit China hindeuten würden. Die von den USA geförderte Militarisierung Taiwans steht im Zusammenhang mit der Anstiftung zu separatistischer Politik auf der Insel, was wiederum die Spannungen mit Peking schüren wird.

Am 13. Februar genehmigte der US-Senat ein militärisches Hilfspaket in Höhe von 95 Milliarden US-Dollar für ausländische Verbündete, darunter 60 Milliarden US-Dollar für die Ukraine, 14 Milliarden US-Dollar für Israel und acht Milliarden US-Dollar für den asiatisch-pazifischen Raum.

Mit der letzten Tranche werden Taiwan fast fünf Milliarden US-Dollar zukommen. Mit den Mitteln für den asiatisch-pazifischen Raum werden der Ausbau von Raketenfähigkeiten in der Region durch die USA gedeckt.

Dies ist ein weiterer Indikator für die feindseligen Absichten der USA gegenüber China. Das scheinbare diplomatische Engagement und der erneuerte militärische Kommunikationsaustausch täuscht darüber bloß hinweg. Der ultimative Test in Bezug auf die Ein-China-Politik Washingtons sind jedoch die Fakten zur militärischen Offensivfähigkeit gegenüber China, wie sie sich vor Ort darstellen. Die Fakten belegen, dass Taiwan wie ein Stolperdraht angelegt wird, mit dem China verärgert und provoziert werden soll.

## **Die Analogie zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland**

Es gibt eine lebhaftere Analogie dazu, wie die USA die Ukraine zynisch als Provokation gegenüber Russland genutzt haben. Die Ukraine hat enge kulturelle Bindungen zu Russland und eine lange Geschichte umstrittener territorialer Konflikte. Im vergangenen Jahrzehnt haben die Vereinigten Staaten ihre militärische Unterstützung für die Ukraine massiv verstärkt und die Feindseligkeiten zwischen Kiew und Moskau geschürt. Die Spannungen brachen im Februar 2022 in Form eines bewaffneten Konflikts aus, als Moskau eine militärische Invasion in die Ukraine anordnete, um den zunehmenden Provokationen Einhalt zu gebieten. Es folgte ein bisher zwei Jahre andauernder Krieg. Es ist seit dem Zweiten Weltkrieg der heftigste Krieg, der in Europa stattfindet. Schätzungsweise 500.000 ukrainische Soldaten sollen ihr Leben verloren haben. Der Konflikt hatte zudem verheerende Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und brachte die Atommächte gefährlich nahe an einen katastrophalen, umfassenderen Krieg.

Chinas ehemaliger Botschafter in den Vereinigten Staaten, Cui Tankai, erklärte kürzlich, dass China in Taiwan nicht in eine militärische Falle geraten werde. Der erfahrene Diplomat spielte auf das von den USA angezettelte Szenario zwischen der Ukraine und Russlands an. In Bezug auf die Zunahme der Waffenlieferungen an Taiwan wurde Cui mit den Worten zitiert: "Jemand bereitet vielleicht einen Stellvertreterkrieg vor, aber wir werden nicht in diese Falle tappen. Wir wollen keine Situation erleben, in der Chinesen andere Chinesen töten."

Solche Bestrebungen sind lobenswert. Dennoch ist eine solche Ansicht eine Geisel des Schicksals. Die chinesischen Behörden wollen möglicherweise keinen Krieg um Taiwan und werden ihr Möglichstes tun, um einen solchen zu vermeiden. Pekings Wunsch nach einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan ist zweifellos echt. Dennoch verfügen die Vereinigten Staaten leider über die finstere Macht, Taiwan zum Auslöser eines Krieges zu machen. Washington baut seine militärischen Angriffskapazitäten aus und schürt eine aufrührerische Unabhängigkeitspolitik, während Peking diesen feindseligen Prozess nicht kontrollieren kann. Irgendwann könnte Taiwan zu dem werden, was die Ukraine für Russland wurde – der Schauplatz eines Stellvertreterkrieges der Vereinigten Staaten.

In diesem Fall bleibt eine düstere Prognose: China sollte eher früher als später militärisch handeln, um seine Kontrolle über Taiwan zu behaupten. Angesichts der rücksichtslosen und unverbesserlichen Provokationen der USA scheint ein Krieg unvermeidlich. Die Kriegslust in Washington ist konstant, unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt. Die US-Präsidentenwahl im November dieses Jahres wird bei der strategischen Ausrichtung keinen Unterschied machen. Je länger China auf seine Reaktion warten lässt, desto größer wird die militärische Konfrontation aufgrund der zunehmenden Offensivfähigkeit Taiwans, die von den USA bereitgestellt wird.

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte in einem Interview am 14. Februar 2024, dass er es im

Falle des aktuellen Krieges in der Ukraine zutiefst bedauere, nicht früher gehandelt zu haben, um gegen die Provokationen der USA zu intervenieren. Putin ordnete am 24. Februar 2022 eine russische Militärintervention in der Ukraine an, um die ethnische russische Bevölkerung der ehemaligen Ostukraine zu verteidigen und der wachsenden Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands durch die NATO zuvorzukommen.

Ich habe vor zehn Jahren einen Artikel über die finsternen Entwicklungen unter dem von der NATO unterstützten Regime in Kiew geschrieben, das im Februar 2014 durch einen von der CIA unterstützten Staatsstreich an die Macht kam. In diesem Artikel argumentierte ich, dass Putin bereits Mitte 2014 Truppen in die Ukraine hätte schicken sollen, um einem drohenden Stellvertreterkrieg unter der Führung der USA zuvorzukommen. Die darauffolgenden Ereignisse in der Ukraine – das schreckliche Ausmaß an Tod und Zerstörung – und Putins jüngstes Eingeständnis des Bedauerns, deuten darauf hin, dass meine Prognose im Jahr 2014 richtig war.

Was Taiwan betrifft, besteht die reale Gefahr, dass China die Verzögerung eines raschen Handelns wie im Fall von Russland wiederholt. Wenn Chinas Präsident Xi Jinping nicht entschlossen vorgeht, könnte er in Bezug auf Taiwan irgendwann dasselbe Bedauern empfinden wie Putin über die Ukraine.

Anmerkung des Autors: Der verstorbene, große Journalist John Pilger schrieb und produzierte 2016 einen preisgekrönten Dokumentarfilm, "The Coming War on China" (Der baldige Krieg mit China). Dieser Artikel ist dem Gedenken an John Pilger (1939 – 2023) gewidmet, einem der besten Journalisten den die Welt je erleben durfte.

*Aus dem Englischen*

*Finian Cunningham ist ein preisgekrönter Journalist. Mehr als 25 Jahre arbeitete er als Redakteur und Autor unter anderem für Zeitungen wie Mirror, Independent, Irish Times und Irish Independent.*

\* \* \*

## **"Ukraine ist Russland und das ist nicht verhandelbar"- Medwedew zieht strategische Grenzen Russlands**

<https://freedert.online/europa/198267-ukraine-ist-russland-und-ist-verhandelbar-medwedew-zieht-strategische-grenzen-russlands/>

05.03.2024

**Der Ex-Präsident Russlands hat in Sotschi vor einem jungen internationalen Publikum russische strategische Grenzen gezogen. Sie unterscheiden sich grundlegend von dem, was man in den letzten 30 Jahren im Westen unter dem Begriff "Russische Föderation" verstanden hat.**

*Von Wladislaw Sankin*

Dmitri Medwedew hielt am Montag in Sotschi eine bemerkenswerte Rede. Sein Auftritt im Rahmen des Internationalen Jugendfestivals dauerte ca. eine Stunde und war eine Uni-Vorlesung, ein politisches Manifest und eine Presse-Konferenz zugleich. Als Ex-Präsident, der viele Jahre mit den Mächtigsten dieser Welt auf Augenhöhe verhandelt hat und heute noch der Vize-Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates ist, gehörte er zu den hochkarätigsten Referenten der mehrtägigen Jugendtagung in der südrussischen Stadt.

Medwedew nutzte diese Veranstaltung mit vielen jungen Ausländern unter den Teilnehmern für eine sensationelle Erklärung, die auf diesem Wege sowohl im Inland als auch im Ausland gehört und vernommen werden konnte. Er schaffte Klarheit über die strategischen Ziele Russlands in der Ukraine, erklärte, wann die Militäroperation beendet wird, und zeigte auf, wo die zukünftigen Grenzen Russlands im Westen liegen könnten. Die Vorlesung trug den Titel "Geografische und strategische Grenzen".

Gleich zu Beginn sagte der russische Politiker, dass Russland in der heutigen Welt mit einer besonderen Mission unterwegs sei – die Befreiung der Weltmehrheit vom westlichen kolonialen Diktat und die Schaffung einer multipolaren Welt. Hierzu erinnerte er an das Zitat Putins "Russische Grenzen enden nirgendwo", was nur bedeutete, dass Russland aufgrund seiner Größe und Rolle in der Welt globale Interessen vertrete.

Gleich zu Anfang seiner Vorlesung erinnerte der Ex-Präsident an den Einzug der russischen Truppen in Paris nach dem Sieg über Napoleon im Jahre 1815. Der Zweck sei nicht die Besetzung gewesen, sondern die Errichtung einer für Russland stabilen Sicherheitsordnung in Europa. "Je größer ein Land ist, desto größer ist auch der Gürtel, den es für seine Sicherheit und Stabilität um seine Grenzen herum ziehen muss". Er zeigte den Unterschied zwischen geografischen (stimmen mit Staatsgrenzen überein) und strategischen Grenzen auf.

Strategische Grenzen können weit außerhalb der geografischen liegen. Aber auch innerhalb der strategischen Grenzen müsse die Sicherheit eines Staates gewährleistet werden. Dazu bedürfe es Diplomatie, enge wirtschaftliche Kontakte und Nähe im kultur-zivilisatorischen Sinne. Als Beispiel für diese Nähe führte er das sogenannte russische "Nahe Ausland" auf.

Im Westen liegen die strategischen Grenzen Russlands in den östlichen Karpaten-Ausläufern – also im Westen der Ukraine. Der Westen habe aber mit dem aggressiven Bandera-Regime in Kiew in dieser für Russland äußerst sensiblen Region als "mauerbrechende Waffe" eine tödliche Bedrohung für seine Staatlichkeit geschaffen, so Medwedew. Er machte klar:

*"Die Gebiete an beiden Ufern des Dnjepr sind ein integraler Bestandteil der strategischen Grenzen Russlands, sodass alle Versuche, sie lebendig abzuschneiden, zum Scheitern verurteilt sind."*

Er bezeichnete das Kiewer Regime als neonazistisch und machte deutlich, dass Russland mit ihm keine Verhandlungen über die Zukunft der Ukraine führen wird. Vielmehr müsse es besiegt werden. An allen ukrainischen Präsidenten, die er bis auf Selenskij alle persönlich kannte, ließ Medwedew kein gutes Haar. Sie hätten einen Staat geschaffen, der auch für die eigenen Bürger zerstörerisch geworden sei.

Die Bandera-Ukraine hätte das historische Gedächtnis und den Respekt für ihre Vorfahren vernichtet und damit ihre Bürger einer Verwilderung ausgeliefert. Das Konzept "Die Ukraine ist nicht Russland", das Ex-Präsident Leonid Kutschma Ende der 1990-er formulierte, müsse für immer verschwinden. Medwedew bekräftigte:

*"Die Ukraine ist definitiv Russland!"*

Damit diese Aussage nicht als Rechtfertigung für einen "imperialistischen Krieg" um Ressourcen oder Territorien missinterpretiert werden könnte, machte der Ex-Präsident deutlich, dass die "banderistische" Ukraine für Russland aus wirtschaftlicher Sicht kein großes Interesse darstelle – "in ihrem jetzigen Zustand ohnehin nicht". Die Ukraine könne Russland nichts bieten, was Russland selbst nicht habe. Der Reichtum der Ukraine seien ihre Menschen, "die uns sehr nahe stehen, ja

unsere eigenen sind". Da sie von unserem Feind "zombiefiziert" worden seien, sei es unsere Aufgabe, "sie von der antirussischen Verblödung zu befreien und sie in den russischen Orbit zurückzuführen".

Für die Bezeichnung der heutigen ukrainischen Gebiete verwendete Medwedew historische Namen "Neurussland und Kleinrussland" und wiederholte, dass Odessa eine russische Stadt sei. Der Ukraine-Konflikt habe sich in eine Konfrontation zwischen zwei Zivilisationen verwandelt – der gesamtrussischen, deren Kern die Territorien von Weißrussland, Russland und der Ukraine seien, und der westlichen. Das russische historische Gebiet in der Ukraine nannte der Sicherheitspolitiker für alle Russen "heilig".

Die Rede von Dmitri Medwedew war seit Beginn der Militäroperation im Februar 2022 die erste systematische Darlegung der strategischen Ziele Russlands in der Ukraine in der mittel- und langfristigen Perspektive. Die Russische Regierung wurde auch innenpolitisch dafür kritisiert, dass die politischen Ziele der Operation vor allem für Direktbeteiligte, die an der Front kämpfen, im Unklaren gelassen werden.

Doch in den letzten Monaten sickert es in Einzeläußerungen des Kremls immer mehr durch, dass Russland in der Ukraine das Recht auf ein historisch russisches Territorium geltend macht. Die Kampfhandlungen werden neben der offiziellen Bezeichnung auch als "Bürgerkrieg" unter den künstlich verfeindeten Brüdern oder "Stellvertreterkrieg Russlands mit der NATO" benannt.

Offenbar hängt diese neue Offenheit mit den militärischen Erfolgen auf dem Schlachtfeld und der zunehmenden Ukraine-Müdigkeit im Westen zusammen. Auch die sich immer mehr abzeichnenden Auflösungserscheinungen und die zunehmende Panikstimmung in Kiew spielen eine Rolle. Damit wird das Signal gesendet, dass Russland nicht als Eroberer in die Ukraine kommt, sondern als Rückkehrer und Ordnungsmacht.

Auch bekannte Medienvertreter äußern sich ähnlich. "Ich wünsche mir die Ukraine als eine autonome Republik in der Russischen Föderation", erwiderte die RT-Chefin Margarita Simonjan auf eine entsprechende journalistische Frage am Sonntag. "Kiew ist ja bekanntlich die Mutter der russischen Städte", fügte sie lächelnd hinzu.

Simonjan war mehrere Jahre eine Unterstützerin der prorussischen Bewegung im Donbass. Schon Jahre vor Beginn der Militäroperation bat sie die russische Regierung, die beiden selbst ausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk zum Schutz des Donbass ins russische Staatsgebiet zurückzuziehen.

Interessant und etwas irreführend war die Karte mit dem ukrainischen Territorium, die während der Rede für wenige Minuten hinter Medwedew eingeblendet wurde. Da waren große Teile der West- und Zentralukraine als potenziell polnisches oder rumänisches Territorium aufgezeichnet. Laut der Karte waren die zentralukrainischen Gebiete Winniza Rumänien und Schitomir Polen zugeordnet. Nur das Gebiet "Kiew" blieb eigentlich "ukrainisch". Der Rest – ca. zwei Drittel des international anerkannten ukrainischen Gebiets waren "russisch".

Diese Karte ist zwar kein Witz. Dennoch sollte man sie auch nicht ernst nehmen. Sie zeigt viel eher die russische Unentschlossenheit bezüglich der Westukraine, denn diese Region gilt als unverbesserlich "nationalistisch" und als Brutstätte des Banderismus. Während in der Expertenschaft und bei vielen einfachen russischen Bürgern weitgehend der Konsens herrscht, dass der Süd-Osten und große Teile der Zentralukraine als historisches Neu- und Kleinrussland zur russischen Zivilisation gehören, gibt es in Bezug auf die Westukraine große Meinungsverschiedenheiten. Oblast Lwow, Ternopol, Iwano-Frankowsk, Tschernowzy und

Transkarpatien wurden der ukrainischen SSR erst Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zugeschlagen. Die westukrainischen Gebiete Wolynien und Rowno waren jedoch schon seit der dritten Teilung Polens Ende des 18. Jahrhunderts Teil des Russischen Reiches.

Doch aus von Medwedew selbst erläuteter geostrategischer Sicht sollte der russische Einfluss zumindest bis zu den Karpaten reichen. Im Südosten nahe Odessa und Winniza liegt die prorussische Enklave in Moldawien Transnistrien, das im Zuge einer möglichen Anerkennung in Zukunft Teil Russlands werden kann. Diesen Umstand würde Turbulenzen in Restmoldawien hervorrufen, das Fortbestehen einer prowestlichen Regierung könnte in dieser Situation schwierig werden.

Diese Umstände könnten wiederum eine künftige Zugehörigkeit zu den benachbarten Gebieten Chmelnyzki und Winniza in der westlichen Zentralukraine beeinflussen. Außerdem würde das "Überlassen" der nationalistischen Westukraine an die NATO-Mächte den Zielen der Entnazifizierung zuwiderlaufen.

Die Karte wurde offenbar mit nur einem Ziel gezeichnet: um aufzuzeigen, dass sich der ukrainische Staat aus der russischen Sicht langsam, aber unaufhaltsam in eine Konkursmasse verwandelt. Die Karte ist eine Absichtserklärung für die nächste Verhandlungsrunde und zugleich eine Warnung an die NATO vor einer militärischen Einmischung auf Gebieten, welche Russland für russisch hält. Diese Gefahr ist jetzt alles andere als gebannt, im Gegenteil.

Ein mexikanischer Student stelle Dmitri Medwedew die Frage, was aus seiner Sicht die schlimmste Gefahr für die Welt sei. Der russische Sicherheitspolitiker antwortete mit Nachdruck, dass die größte Gefahr ein atomarer Krieg sei, und diese stelle alle anderen Gefahren in den Schatten. Im Unterschied zur viel erwähnten Kuba-Krise 1962 befänden sich die beiden größten Atommächte bereits jetzt im Krieg miteinander und das Ende der Eskalation sei nicht abzusehen.

\* \* \*

## **Unterwasserkabel im Roten Meer beschädigt: Neue Angriffsmethode der Huthi-Bewegung?**

<https://freedert.online/international/198468-unterwasserkabel-im-roten-meer-beschaedigt/>

06.03.2024

**Der Datenverkehr zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten ist massiv beeinträchtigt. Die Huthi-Attacken gefährden indirekt die Internetversorgung in Europa, nachdem Huthi-Angriffe auf Schiffe Störungen in westlichen Lieferketten und Logistik verursacht haben.**

*Von Armin Schmitt*

Seit Monaten werden Handelsschiffe im Roten Meer von den Huthi angegriffen. Damit versuchen sie, Israel dazu zu zwingen, den brutalen Krieg gegen Menschen im Gazastreifen zu beenden. Zuletzt sank nach einem Huthi-Raketenangriff der Frachter Rubymar". Nun hat die Bewegung in Jemen womöglich einen Angriff der anderen Art gestartet: Datenkabel, welche die weltweite Tele- und Internetkommunikation ermöglichen, wurden gekappt. Die Folge: Der Datenverkehr zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten ist massiv beeinträchtigt.

Ein Viertel des kompletten Datenverkehrs zwischen Asien, Europa und dem Nahen Osten sei beeinträchtigt, meldet die in Hongkong ansässige HGC Global Communications. Sie habe mit der Umleitung des Datenverkehrs begonnen. Die Route durch das Rote Meer ist entscheidend für den Datentransfer zwischen Europa und Asien. Auch das in Südafrika ansässige Unternehmen Seacom,

ein weiterer betroffener Telekommunikationsanbieter, leitet nun den Datenverkehr so weit wie möglich um. Auf Fragen der Nachrichtenagentur AP teilte Seacom mit, dass "erste Tests darauf hindeuten, dass das betroffene Segment innerhalb der jemenitischen Seehoheit im südlichen Roten Meer liegt".

Das Asia-Africa-Europe-1-Seekabel verbindet 19 Länder von Frankreich bis Hongkong mit rasend schnellem Internet. Mittlerweile ist der Datenverkehr im Asia-Africa-Europe 1 zum Erliegen gekommen – gekappt im Roten Meer zwischen Jemen und Dschibuti.

Die Huthi beschießen seit Monaten den Schiffsverkehr im Roten Meer, was schließlich dazu führte, dass nur noch etwa die Hälfte der Frachtschiffe die Route durch den Suezkanal fährt. Die andere Hälfte nimmt den sicheren Umweg über das Kap der Guten Hoffnung vor Südafrika, der allerdings deutlich teuer und länger ist. Für die Huthi-Bewegung in Jemen ist diese drastische Behinderung der westlichen Lieferkette ein großer Erfolg.

Es bleibt allerdings unklar, wie die Huthi die Kabel erreicht haben, die in mehreren Hundert Metern Tiefe liegen. Sie sollen weder über Taucher noch U-Boote verfügen. Einige Experten glauben, dass die Unterseekabel durch einen Schiffsanker gekappt worden seien. Von den Medien analysierte Satellitenbilder zeigen, dass sich das mittlerweile von Huthi gesunkene Schiff Rubymar zu jenem Zeitpunkt genau dort befunden haben könnte, wo die Kabel vermutlich gekappt wurden. Insofern bleibt erst einmal ausgeschlossen, dass die Huthi die Kabel gezielt angegriffen haben. Vor diesem Hintergrund gefährden die Huthi-Attacken indirekt die Internetversorgung in Europa, nachdem Huthi-Angriffe auf Schiffe Störungen in den westlichen Lieferketten und Logistik verursacht haben.

\* \* \*

## **Sonderbericht des Bundesrechnungshofs zur Energiewende: Habeck, setzen, Sechs!**

<https://freedert.online/inland/198675-bundesrechnungshofbericht-zur-energiewende-habeck-setzen/>  
07.03.2024

**Lauscht man der Bundesregierung und insbesondere dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, so sind wir auf dem Weg in eine wunderbare neue Welt, in der alle Energie erneuerbar und sauber und außerdem auch noch bezahlbar ist. Der Bundesrechnungshof lässt diese Illusion zerplatzen.**

*Von Dagmar Henn*

Ein derartiger Bericht kann eigentlich kaum vernichtender sein, als das, was der Bundesrechnungshof zur Frage der Energiewende und insbesondere zur Arbeit des Bundesministers für Wirtschaft Robert Habeck und seines Ministeriums ablieferte. Alle Versprechungen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bezüglich der erneuerbaren Energien abzugeben pflegt, treffen nicht zu. Weder die Bezahlbarkeit noch die Funktionalität sind sichergestellt, und eine Überwachung der Umweltfolgen des Ausbaus erneuerbarer Energien lässt man lieber gleich ganz ausfallen.

Selbstverständlich formuliert der Bundesrechnungshof das in seinem neuen Sonderbericht noch immer vergleichsweise freundlich, denn umgangssprachlich würde das noch ganz anders klingen:

"Der Bundesrechnungshof bewertet die Annahmen im Monitoring zur Versorgungssicherheit als wirklichkeitsfremd." "Deutschland könnte dauerhaft zum Nettostromimporteuer werden." "Der Bundesrechnungshof sieht das Ziel einer sicheren Versorgung mit Elektrizität nicht als

gewährleistet an." "Der Bundesrechnungshof sieht das Ziel einer preisgünstigen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom als nicht gesichert an." "Die aktuelle und voraussichtliche Entwicklung der Strompreise birgt ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung."

Das klingt alles völlig anders als die Verlautbarungen aus dem "Hause Habeck", die eher an das berühmte "Wir schaffen das" von Frau Merkel erinnern.

Die Vorhaltungen des Bundesrechnungshofs betreffen jede einzelne Fragestellung, die überhaupt mit der angestrebten Energiewende verbunden ist, ohne das "Klimaschutzziel" dabei bisher noch irgendwie, irgendwo überhaupt infrage zu stellen, und selbst dann ist das Ergebnis katastrophal.

So übergehen die Berechnungen, die eine Sicherheit bei der Stromversorgung bei einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien belegen sollen, einige entscheidende Punkte:

*"Eine sichere Versorgung mit Strom aus volatilen erneuerbaren Energien erfordert aber zusätzlich, dass parallel ein weitgehend redundantes System mit gesicherter, steuerbarer Leistung verfügbar ist. Andernfalls kann es bei geringem Angebot an erneuerbaren Energien zu Versorgungslücken kommen."*

Dabei übergehen die Berechnungen aus dem BMWK zum einen, dass der besagte Ausbau erneuerbarer Energien weit hinter dem Plan zurückliegt und im vergangenen Jahr weit weniger Windkraft- und Solar-Anlagen tatsächlich in Auftrag gegeben als rein formal ausgeschrieben wurden. Nicht nur das: Die wasserstofffähigen Gaskraftwerke, die unter anderem die nur bis 2031 betriebenen Kohlekraftwerke ablösen sollen, gibt es samt der dafür erforderlichen Infrastruktur bisher nur auf dem Papier.

Da es so etwas wie die berühmte "Dunkelflaute", bei der weder Wind- noch Solarenergie zur Verfügung stehen, tatsächlich gibt, wird im Grunde die gesamte Kapazität, die zur Deckung des Strombedarfs erforderlich ist, für diese Eventualfälle doppelt benötigt. Die Präferenz für die erneuerbaren Energien führt dann dazu, dass die vorgehaltenen Kapazitäten in der konventionellen Energieerzeugung aber auch irgendwie finanziert werden müssen, sonst werden sie nicht gebaut oder vorgehalten. Das soll über ein Kapazitätsentgelt funktionieren, das aber verstößt gegen EU-Richtlinien zu Subventionen, die nur vorübergehend ausgesetzt sind. Tatsache bleibt – auch die Stromverbraucher zahlen den Strom, den sie benötigen, am Ende gewissermaßen doppelt. Die Kosten für dieses gesamte Backup-System sind aber ein Teil jener Kosten, die kurzerhand nicht mehr erwähnt werden, wenn der Öffentlichkeit vorgerechnet wird, wie viel Strom aus Solarzellen oder Windkraftanlagen tatsächlich kostet.

Ein weiteres Problem, das der Bundesrechnungshof sehr deutlich moniert, ist die Tatsache, dass der Netzausbau weder im vorgesehenen Ausmaß erfolgt, noch mit seinen Kosten klar erkennbar beziffert wird. Dabei wird auch ein Netzausbau wieder gleich doppelt benötigt – auf der Ebene der Überlandnetze, um den Strom etwa aus Offshore-Windkraftanlagen überhaupt verfügbar zu machen und regionale Schwankungen ausgleichen zu können, und auch auf dem letzten Stück zwischen Versorger und Endverbraucher, weil beispielsweise die hochgelobte Elektromobilität zwar keinen Kraftstoff, dafür aber in vielen Fällen deutlich höhere Leistungsübertragungen an Elektroenergie erfordert.

Der Netzausbau im Bereich der Überlandnetze liegt derzeit sieben Jahre (oder 6.000 Kilometer Stromleitungen) hinter den Planungen zurück. In diesem Bereich hat sich seit dem letzten themenspezifischen Bericht des Bundesrechnungshofs aus dem Jahr 2021 schlicht gar nichts zum Positiven getan. Die Kosten dieses Netzausbaus werden auf 313,7 Milliarden Euro bis zum Jahr

2045 geschätzt. Der Ausbau der Verteilernetze, der ursprünglich mit 42,27 Milliarden Euro angesetzt wurde, könnte nach neueren Presseberichten mehr als das Fünffache, nämlich bis zu 240 Milliarden Euro kosten. Nicht nur, dass die Finanzierung dieser Ausgaben keinesfalls sichergestellt ist – diese Kosten erhöhen den Strompreis für die Verbraucher noch weiter.

Dabei scheint das Verschweigen ungünstiger Daten beim BMWK ein Prinzip zu sein. So schreibt das der Bundesrechnungshof natürlich nicht, aber hier ein Beispiel, an dem das ziemlich deutlich wird: im vergangenen Jahr wurden statt der vorgesehenen Kapazität von 12,84 Gigawatt durch neu zu errichtende Windkraftwerke nur Windräder mit insgesamt 6,38 Gigawatt tatsächlich vergeben.

*"Das EEG 2023 legt fest, dass das im Vorjahr nicht vergebene Ausschreibungsvolumen dem Folgejahr zugeschrieben wird. Somit erhöht sich das auszuschreibende Volumen im Jahr 2024 von 10,00 GW auf 16,46 GW (+ 65 %). In der Bekanntmachung für den Gebotstermin 1. Februar 2024 hat die BNetzA diese zusätzliche Menge nicht berücksichtigt."*

Die dem BMWK untergeordnete Bundesnetzagentur (BNetzA) verfährt bei den Berechnungen zur Versorgungssicherheit ähnlich verschleiern:

*"Der aktuelle Monitoringbericht der BNetzA zur Versorgungssicherheit geht hingegen sicher davon aus, dass alle Ziele der Bundesregierung rechtzeitig erreicht werden ('Best-Case'). Der Bericht entspricht damit nicht den gesetzlichen Anforderungen."*

In der Wirklichkeit liegen also alle Teile der Entwicklung weit hinter den Planungen, aber bei der für die Öffentlichkeit entscheidenden Information, die die Bundesnetzagentur abliefert, eben jener zur Versorgungssicherheit, wird stets so getan, als gäbe es alle diese Abweichungen nicht. Dabei wirken natürlich diese Abweichungen selbst wieder auf die Prognosen bezüglich des Strompreises zurück, denn Strom, der in Deutschland dann eben nicht erzeugt wird, muss zugekauft werden und ist in der Regel noch deutlich teurer. Im Jahr 2015, auch das belegt der Bericht, war Deutschland übrigens noch Nettoexporteur von Elektroenergie. 2023 war nun das erste Jahr, in dem Deutschland zum Nettoimporteur wurde, das aber gleich drastisch:

*"Einige Probleme haben sich seit der letzten Prüfung des Bundesrechnungshofes im Jahr 2021 noch verschärft – beispielsweise der Verzug beim Netzausbau und die Verfügbarkeit gesicherter, steuerbarer Leistung."*

Ja, das belegt, dass auch die Große Koalition unter Merkel schon die wirklichen Verhältnisse nach Kräften verschleiert hat. Das ist allerdings keine Rechtfertigung, das jetzt noch zu steigern.

*"Der angestrebte vorgezogene Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 erscheint damit fraglich ... Zugleich vermitteln Bundesregierung und BNetzA mit dem Monitoringbericht ein verzerrtes und damit unzutreffendes Bild der zukünftigen Versorgungssicherheit."*

Auch bei dem erklärten Ziel einer "preisgünstigen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom" scheitert das BMWK krachend. Nicht nur, dass die Strompreise in Deutschland für die Industrie zwar nur 5 Prozent, für die Verbraucher aber 42,7 Prozent über dem europäischen Durchschnitt liegen (wobei die 5 Prozent mehr nun schon genügen, um die Industrie aus Deutschland abwandern zu lassen), die Zahl jener, die längst Schwierigkeiten haben, ihren Bedarf an Elektroenergie noch zu finanzieren, erhöhte sich deutlich: "Krisenbedingt stieg der Anteil der von Energiearmut bedrohten Haushalte in Deutschland im Jahr 2022 auf 25,2 Prozent (im Jahr 2021: 14,5 Prozent)". Das ist jeder vierte Haushalt in Deutschland, und die massiven Kosten für Aus- und Umbau stehen erst noch bevor.

Zeitweilig wurde die Wirkung dieser extremen Kosten auch für die Verbraucher über die "Strompreisbremse" noch abgefangen (nur um jetzt durch die Erhöhung der Netzentgelte weiter verschärft zu werden), aber der Rechnungshof moniert, dass in Zukunft eine preisgünstige Versorgung nicht mehr möglich sei, was die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung deutlich verringern könne, und meint dazu:

*"Die Bundesregierung scheint diese Einschätzung zu teilen: Denn hielte sie die aktuellen Strompreise für bezahlbar, wären Zuschüsse zum Stabilisieren der Netzentgelte oder die temporäre Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe nicht nötig."*

Der Endverbraucher kann bei alledem diesen Kosten nicht mehr entgehen, denn jede Finanzierung aus Steuermitteln muss er am Ende ebenso selbst aufbringen wie eine Finanzierung über horrenden Strompreise.

Auch bei den Folgen, die der angestrebte Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Umwelt hat, wurde nach Ansicht des Bundesrechnungshofs geschluppt. Genaugenommen wird gar nicht erst hingesehen, wo es problematisch wird. Das betrifft nicht nur das Genehmigungsverfahren, in dem eine spezifische Umweltprüfung durch eine allgemeinere ersetzt wurde. Das Monitoring, bei dem schon immer geschluppt wurde – der Bericht für das Jahr 2017 erschien etwa erst im Jahr 2019 – wurde inzwischen vollkommen eingestellt. Doch laut dem Rechnungshof ist mitnichten ein absoluter Vorrang des Klimaschutzes vor allen anderen Umweltfragen angebracht, denn dem stünde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz entgegen.

Dabei ist die Umweltverträglichkeit von Windenergieanlagen keineswegs nur ein Anliegen von Vogelschützern:

*"So habe sich u.a. die Anzahl von Windenergieanlagen in Schutzgebieten im Zeitraum 2010 bis 2020 verdoppelt. Nur wenige Anlagen unterlagen Abschaltauflagen zum Schutz von Tieren. Für mehr als zwei Drittel der Anlagen lagen hierzu keine Daten vor."*

All das ist ja kein Problem, wenn man gar nicht erst nachsieht oder das Ergebnis in einem Bericht zusammenfasst:

*"Stattdessen kommt das BMWK seit dem Berichtsjahr 2020 seinen Berichtspflichten aus dem Monitoring-Prozess 'Energie der Zukunft' nicht nach. Jüngst hat das BMWK diesen Prozess – das 'Kernstück des Monitorings zur Energiewende' – bis auf Weiteres faktisch eingestellt."*

Die gesamte Energiewende – so lautet das Fazit, das man aus der Lektüre dieses Berichts ziehen könnte – ist ein riskantes Spiel mit vielen Unbekannten und unzähligen Plänen, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen, sowie einer völligen Weigerung, sich die wirklichen Ergebnisse auch nur anzusehen, dafür aber mit einem einzigen gesicherten Ergebnis: dass der Strom noch viel, viel teurer wird.

\* \* \*

## Meinung

### Die Welt will Frieden – Baerbock will ihn nicht

<https://freedert.online/meinung/197982-welt-will-frieden-baerbock-will/>

01.03.2024

**Baerbock verbreitet in einem Tweet Desinformation. Putin wolle keinen Frieden, behauptet sie. Fakt ist, dass Deutschland weder Verhandlungen noch Friedensinitiativen initiiert hat. Deutschland setzt nachweislich auf einen langen, verlustreichen Krieg. Baerbock belügt ihr Publikum.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Baerbock benutzt Außenpolitik als Mittel zur Steigerung ihrer Zustimmungswerte im Inland. Sie bedient mit ihren außenpolitischen Aktivitäten nicht die internationale Diplomatie, sondern den Geschmack ihres heimischen Publikums. Es geht ihr nicht darum, einen Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte zu leisten oder Möglichkeiten für diplomatische Kompromisse auszuloten, sondern darum, ihren potenziellen Wählern eine außenpolitische Show vorzuführen, bei der sie möglichst gut überkommt. Für Baerbock ist der Eindruck wichtig, den sie erweckt. Für ihn gibt sie das Bemühen um diplomatische Lösungen und Frieden auf. Um das zu kaschieren, greift sie zum Mittel der Desinformation und der Lüge.

Weil die Realität meist einfach nur nüchtern und die Arbeit daran mühsam ist, inszeniert Baerbock Außenpolitik als emotionales und mitreißendes Schauspiel. Ihre neueste Inszenierung ist ein Video, das sie auf der Kurznachrichtenplattform X veröffentlicht hat. Es geht um die Ukraine. In emotionalem Ton behauptet Baerbock, dass sich die ganze Welt und damit auch sie selbst aktiv um Frieden bemühe, es aber eine Person gebe, die weiterhin auf Krieg setze. Diese Person sei Putin. Nur er wolle Krieg, die ganze Welt wolle Frieden.

Das ist in etwa so frei erfunden wie Baerbocks Lebenslauf. Die Behauptung hat mit den Tatsachen und historischen Abläufen nichts zu tun. Baerbock verbreitet in der Außenpolitik-Simulation, die sie den Deutschen vorführt, reine Desinformation. Sie hat dabei leichtes Spiel, denn die deutschen Medien machen mit.

Obwohl Baerbock keinerlei Erfolge vorzuweisen hat, Deutschland sich aufgrund des außenpolitischen Extremismus Baerbocks immer weiter isoliert, spenden die Redaktionen der großen deutschen Medien Baerbock fleißig Applaus. Aus diesem Grund bleibt es einem großen Teil der deutschen Medienkonsumenten verborgen, dass sie von der Außenministerin mit Propaganda und Fakes abgefüttert werden. Nichts an dem, was Baerbock im Clip behauptet, ist auch nur ansatzweise wahr.

Der Nachteil, wenn ein Land kritische Berichterstattung wegzensiert und die Narrative gleichschaltet, ist, dass sich die Gesellschaft von der Realität immer weiter entfernt. Man lebt in einer eigenen, künstlich geschaffenen Wirklichkeit, die allerdings fraglos eines Tages wie eine Seifenblase platzen muss, wenn sie auf die Realität trifft. Bemerkenswert ist hierbei nur, dass dies den Deutschen nicht zum ersten Mal passiert, sie als gesellschaftliches Ganzes gegen die Vereinnahmung durch staatliche Propaganda keinerlei Resilienz entwickelt haben, da es ganz offenkundig immer und immer wieder funktioniert, wie Baerbock beweist.

## Besessen vom Vernichtungsgedanken

Baerbock behauptet, Deutschland bemühe sich um Frieden in der Ukraine. Das ist schlicht gelogen. Das Gegenteil ist der Fall. Die deutsche Außenministerin unterhält keine Kontakte zu ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Sie vermeidet jedes Aufeinandertreffen.

Der diplomatische Kontakt mit Russland ist faktisch eingefroren. Baerbock hat sich in Ausweisungsgorgien von russischen Diplomaten die Möglichkeit zu Gesprächen selbst verbaut. Baerbock verweigert immer dann das Gespräch, wenn es wichtig wäre, Gespräche zu führen. Sie scheiterte von Anfang an an der Aufgabe ihres Amtes. Baerbock setzt auf eine ausschließlich militärische Lösung und einen Sieg der Ukraine über Russland. Die Ukraine trägt für Baerbocks Wunsch eines Sieges über Russland die Hauptlast.

Baerbock ist besessen vom Vernichtungsgedanken. Russland zu ruinieren ist ihr Ziel. Dass sie sich persönlich im Krieg mit Russland sieht, machen ihre Äußerungen vor der parlamentarischen Versammlung des Europarats im Januar 2023 deutlich. Ihre Äußerung, man befinde sich mit Russland im Krieg, sorgte international für Irritationen. Ein Skandal, der Grund für einen Rücktritt darstellt, doch die deutschen Medien hielten schützend ihre Hand über die pathologische Russenhasserin Baerbock. Sie erklärten, was sie eigentlich gemeint haben könnte, und dass ein Versprecher schließlich jedem mal passieren kann.

Ja, es gab und gibt Friedensinitiativen, allerdings haben sie alle nicht die deutsche Unterstützung, sondern werden aktiv durch die westliche Allianz hintertrieben. Die deutsche Außenministerin spielt ein doppeltes Spiel. Ihre Sorge um Frieden in der Welt ist eine Inszenierung für ihre Wähler. Baerbock tut alles dafür, dass der Krieg in der Ukraine lange dauert und möglichst verlustreich ausgetragen wird. Propagandistisch verpackt sie ihren Blutdurst in den absurden Slogan "deutsche Waffen retten Leben". Allein die Tatsache, dass man so einen Unsinn weitgehend unwidersprochen in einem hohen Amt in Deutschland wieder offiziell vertreten kann, wirft ein extrem schlechtes Licht auf die deutschen Zustände.

Ihre Behauptung, Russland müsse sich nur aus der Ukraine zurückziehen, dann wäre Frieden, ist angesichts des von Baerbock offen gegen Russland ausgesprochenen Vernichtungswunsches schlicht unwahr. Wahr ist vielmehr, dass der Krieg dann vorbei ist, wenn das Vorhaben aufgegeben wird, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, und der Westen die Ukraine nicht weiter dabei unterstützt, an der russischsprachigen Bevölkerung Genozid zu begehen. Es liegt mit in Baerbocks Hand, den Krieg zu beenden. Genau zu diesem Kompromiss mit Russland sind Baerbock und die Bundesregierung nicht bereit. Russlands Sicherheitsinteressen zählen nicht.

Hört Russland auf zu kämpfen, wird es vom imperialen Westen aufgeteilt, das ist jedem in Russland klar. Der Wunsch, die russische Wirtschaft durch die Sanktionen im zweistelligen Bereich einbrechen zu lassen, führt jedem Russen, der den Zusammenbruch der Sowjetunion miterlebt hat, die böse Absicht des Westens vor Augen. Der imperialistische Wunsch des Westens nach Ausdehnung seiner Einflussphäre wird in der Ukraine manifest. Daher hat auch außerhalb des Westens kein Land ein Interesse daran, den Konflikt zu den Bedingungen des Westens zu beenden.

Der gesamte Verlauf des Konflikts straft Baerbock lügen. Das Minsker Abkommen wurde sabotiert. Auf die Bitte nach Sicherheitsgarantien im Dezember 2021 erhielt Russland lediglich ausweichende Antworten. Die Verhandlungen im Frühling 2022 nach Ausbruch des Krieges wurden vom Westen sabotiert. Weitere Verhandlungsangebote seitens Russlands Ende 2022 und dann erneut nach der gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive wurden abgelehnt. Baerbock unterschlägt all diese Angebote.

Vor allem die Behauptungen Baerbocks, Russlands Angriffe würden sich gegen Zivilisten richten, ist angesichts der Unterstützung des israelischen Genozids durch Baerbock an Zynismus und moralischer Niedertracht schwerlich zu überbieten. Russlands Ziel ist die Entmilitarisierung. Russische Angriffe richten sich gegen militärisch genutzte Infrastruktur und nicht gegen Zivilisten. Ein Vergleich der Opferzahlen von Gaza und der Ukraine führt dies jedem unmittelbar vor Augen.

## **Viele Friedensinitiativen – aber nicht von Baerbock**

Bizarr ist ihre Einlassung zum Beschuss des Atomkraftwerks in Saporoschje. Baerbock behauptet, Russland würde das Kernkraftwerk beschießen. Noch mal zur Erinnerung: Russische Truppen sind im Kraftwerk, ukrainische außerhalb. Es müsste auch einer Person mit dem intellektuellen Potenzial einer Baerbock klar sein, wer hier auf das Kraftwerk schießt. Auch hier belügt Baerbock bewusst ihr Publikum.

Alle Initiativen zu Verhandlungen kommen aus anderen Teilen der Welt. Der Getreidedeal wurde von der Türkei vermittelt. Der Austausch von Gefangenen wird von arabischen Staaten vermittelt. Deutschland hat daran keinen Anteil. Kürzlich hat Katar die Rückführung von ukrainischen Kindern zu ihren Eltern vermittelt, die von Russland aus dem Kriegsgebiet evakuiert worden waren. Auch dies ohne deutsche Unterstützung und ohne ein Wort davon in den deutschen Medien. Das ermöglicht es Baerbock, die Räuberpistole von den von Russland entführten Kindern aufrechtzuerhalten. Es ist Gräuelpropaganda in deutscher Tradition, die Baerbock verbreitet.

"Putin möchte derzeit nicht verhandeln", behauptet Baerbock. Fakt ist, dass Russland ständig in Verhandlungen ist. Aber ein Land und vor allem eine Außenministerin verweigert jede Kooperation und jede Form von Diplomatie – das ist Deutschland, und das ist Baerbock.

Stattdessen liefert Deutschland Waffen, die den Krieg verlängern. Waffen, mit denen die Ukraine zudem schwerste Kriegsverbrechen begeht. Baerbock schaut beim ukrainischen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung genauso weg, wie sie in Israel wegschaut. Dabei wurde die Genozid-Absicht von sowohl israelischen Regierungsmitgliedern als auch ukrainischen Regierungsvertretern offen ausgesprochen.

"Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden", sagt Baerbock in ihrem als Rührstück aufgemachten Tweet. Das ist vermutlich so. Aber eine Person tut das nicht, wird an ihrem tatsächlichen Handeln deutlich. Baerbock will keinen Frieden. Es gibt keine Aktivität der Außenministerin, die in diese Richtung deutet. Die deutschen Wähler sollten das gut bedenken. Wer Baerbock wählt, wählt den Krieg und trägt dazu bei, dass sich Deutschland wieder auf der Seite der Gewalt, des Völkermords und des Unrechts positioniert.

\* \* \*

## **Fiktion versus Realität: "Zwei Minuten Hass" heißt heute "Demokratie-Schulung"**

<https://freedert.online/meinung/197944-fiktion-versus-realitaet-zwei-minuten/>

02.03.2024

**Im dystopischen Roman "1984" kommt eine Sendung namens "Zwei Minuten Hass" vor. Im Jahr 2024 sieht man Nachrichten über Demonstrationsteilnehmer, die skandieren: "Ganz Berlin hasst die AfD." Derweil steigt die Nachfrage nach "Demokratie-Schulungen in Unternehmen – gegen rechts".**

*Von Bernhard Løyen*

Hass ist ein sehr dunkles Wort. Hass soll im psychologischen Zusammenhang eine "tiefe seelische Verletzung" bedeuten. Die Wut dagegen sei eher ein allgemeines Gefühl, eine Stimmung. Hass "ist auf ein ganz bestimmtes Objekt gerichtet, in der Regel auf eine Person", so die Definition. Die vernehmbare Stimmung im Land lautet jedoch aktuell medial bestätigt "Hass". Woher resultiert diese dunkle und gefährliche "Hass-Bewegung" bei einem Teil der Bürger, die landesweite vermeintliche "seelische Verletzung"? Sehr kurz zusammengefasst: aus dem seit Wochen stetig forcierten Aufruf, "jetzt reagieren" zu müssen. Aber worauf?

Hass-Startschuss war ein auf sehr dünnen Argumentationsbeinchen willkürlich aufgebauter *Correctiv*-Artikel. Sämtliche Argumentationspunkte, der gesamte rote Faden von Unterstellungen und Halbwahrheiten, wurde inzwischen von der verantwortlichen Redaktion klammheimlich revidiert und im Originalartikel vom 10. Januar nachweislich mehrfach korrigiert. Die zuvor *Correctiv* massiv unterstützenden Mainstreammedien verschweigen dies bis zur Gegenwart. So wird weiterhin bewusst manipulativ in der Berichterstattung zu den andauernden "AfD-Protestdemonstrationen" über "Deportationspläne" berichtet, so geschehen am 27. Februar im *ZDF-Heute-Journal* (Min.: 18:11):

[Video]

Kurz zur Erläuterung: Die anwaltliche Vertretung der *Correctiv*-Redaktion gab bei einem Gerichtstermin dieser Tage unverblümt zu, dass es "zutreffend" sei, dass die verleumdeten Teilnehmer des privaten Treffens "nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben". Die *Correctiv*-Autoren hätten "nie geschrieben, in Potsdam sei davon gesprochen worden, 'unmittelbar und sofort deutsche Staatsbürger mit deutschem Pass auszuweisen'".

Ein epochaler Medienskandal zuungunsten von *Correctiv*? Anscheinend nicht. Es erfolgt weiterhin keinerlei Erwähnung bei *ARD* und *ZDF* – als treibende Mediengrößen zum Thema der Notwendigkeit von "AfD-Demonstrationen" im Land – zu den massiven *Correctiv*-Artikelkorrekturen. Nun heißt es bei der *ARD-Tagesschau* am 29. Februar:

*"Demokratie-Schulungen in Unternehmen begehrt (...) Besonders seit den Veröffentlichungen des Recherche-Netzwerks Correctiv zum Geheimtreffen Rechtsextremer in Potsdam – und den zahlreichen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus bundesweit – melden sich immer mehr Unternehmen, die nach Schulungen fragen oder sich vernetzen wollen."*

Bc4D lautet nicht die verordnete Demokratieglücksformel für hassfreies Leben in Deutschland, sondern ist die Abkürzung für "Business Council for Democracy". Beheimatet ist dort das Projekt "Demokratie-Schulungen", über welches "Unternehmen ihre Mitarbeiter in Medienkompetenz und Demokratie schulen" könnten. Bc4D ist wiederum verknüpft mit dem "Institut für strategischen Dialog (Institute for Strategic Dialogue)", einer sogenannten "unabhängigen Denkfabrik zur 'Konfliktforschung Extremismus und Terrorismus' mit Sitz in London sowie Büros in Washington".

Die *ARD*-Redaktion weiß, also belehrt die Leser, dass seit 2020 Mitarbeiter genannter Denkfabriken "viele Programme für Schülerinnen und Schüler entwickelt" haben, zum Thema, "wie man Desinformation begegnen könnte". Was wurde aber verpasst? Dies:

*"An Erwachsenen sei das – die manipulative Programmebelehrung? – jedoch vorbeigegangen. Daher die Idee: ein konkretes Angebot auch für ältere Menschen. Und das für Unternehmen."*

Gegen "Desinformation", gegen die bewusste und politisch eingeforderte Ausgrenzung von

Mitbürgern, zur Sicherung der Demokratie, gingen von 2020 bis Ende 2022 besorgte Bürger – auffallend dabei meist ältere Menschen – auf die Straße. Die inoffizielle Hauptstadtpostille der Bundesregierung, der *Tagesspiegel*, bezeichnete diese Ansammlungen im August 2020 als "einen buntbraunen Mix aus Hass und Happening".

Aktuell finden sich mehrheitlich sehr junge und auch ältere Menschen untergehakt in einem buntgrünbraunen Mix aus Hass und Happening zusammen, auf den Plätzen und in den Straßen der Gemeinden und Städte. Manipuliert durch "Bc4D-Programme" in Schulen und Betrieben sowie "Correctiv-Verleumdungsartikel".

Der Sender *n-tv* beschrieb am 17. Januar vollkommen selbstverständlich folgende Situation wörtlich für seine Zuschauer (Min.: 21:47):

*"Ganz Köln hasst die AfD", so sehen es zumindest die Demonstranten hier am Abend (...)"*

Und der Moderator der Welt-Nachrichtensendung am 18. Januar wörtlich (Min.: 21:22):

*"In Berlin, da protestierten am Abend erneut mehrere Tausend Menschen gegen Rechtsextremismus und die AfD. Die Teilnehmer der Demonstration skandierten: 'Ganz Berlin hasst die AfD' (...)."*

Eine "Anti-AfD"-Demonstrationsteilnehmerin aus Münster in Nordrhein-Westfalen wird von der *ARD* am 16. Februar mit den Worten zitiert (Min.: 41:32): "Die – die AfD-Politiker – sind hier, die wollen wir nicht." Eine zweite Bürgerin gibt zu Protokoll: "Ich möchte einfach, dass die AfD hier nix zu sagen hat." Auch in Münster schallte durch die Stadt der mittlerweile selbstverständliche Ruf: "Ganz Münster hasst die AfD."

Mir fiel bei aktueller Betrachtung, nach drei dunklen Jahren bis 2023, dem erneuten Erleben einer "Hass-Stimmung" gegenüber unliebsamen Mitbürgern im Land, George Orwells Roman "1984" ein. Mal wieder. Auf Seite 23 heißt es, den aktuellen Zeiten – unsachlich, anmaßend und unangebracht? – angepasst:

*"Die Propaganda ist geschickt angelegt. Während sich im Zwei-Minuten-Hass niemand der Raserei entziehen kann, muss der große Kanzler, der den Hass beendet, als Retter erscheinen. Genau in dem Moment, in dem die feindliche Partei am bedrohlichsten und Höcke/Weigel am schafmässigsten wirken, erscheint sein Bild auf dem Teleschirm, 'Macht und geheimnisvolle Ruhe ausstrahlend' (...). Allein aus Erleichterung stimmen die Menschen einen Sprechgesang auf seinen Namen an. Mit der Zwei-Minuten-Hass-Sendung erreicht die Partei folglich zweierlei: den gesteigerten Hass auf die inneren und äußeren Feinde und die noch größere Verehrung für den großen Kanzler."*

George Orwell erklärte zu seinen Gedanken, der niedergeschriebenen Fiktion des verordneten "Zwei-Minuten-Hass-Aufsaugens":

*"Das Schreckliche an der Zwei-Minuten-Hass-Sendung war nicht, dass man gezwungen wurde mitzumachen, sondern im Gegenteil, dass es unmöglich war, sich ihrer Wirkung zu entziehen. Eine schreckliche Ekstase der Angst und der Rachsucht, das Verlangen zu töten, zu foltern, schien die ganze Versammlung wie ein elektrischer Strom zu durchfluten, sodass man gegen seinen Willen in einen Grimassen schneidenden, schreienden Verrückten verwandelt wurde."*

Im Jahr 2024 laut vernehmbar: "Ganz Deutschland hasst die AfD" (?).

"Demokratiefeinde" lautet ein politischer Kampfbegriff der zurückliegenden Jahre. Die Deutungshoheit, die mentale Samenpflanzung, obliegt weiterhin einer machtvollen medial-politisch

unangreifbaren Truppe von geschulten Zuarbeitern, den Gärtnern des gefürchteten gesamtgesellschaftlichen "Spalt-Pilzes".

Vorgestern titulierte und gestempelt als "Corona-Leugner" und "Querdenker", gestern als destruktive "egoistische Bauern" oder "Putin-Versteher". Aktuell als AfD-Akteure, ob als Politiker oder "rechter Sympathisant". Und morgen, nächste Woche, kommendes Jahr? Erneut erleben die Bürger die – bewusst provozierte – anstrengende Herausforderung, eigenständig und für sich als individueller "Glückes Schmied" entscheiden zu müssen.

Welcher Weg final zum individuellen Glück führen wird, sei, so der US-amerikanische Sozialpsychologe Erich Fromm, keine "Sache der Intelligenz, sondern des Charakters". Es bleibt daher auch weiterhin die eigenverantwortliche Entscheidung, ob man sich beim "Aufstand der Anständigen unterhaken" möchte oder (erneut) den Mut besitzt, "nein zu sagen und den Befehlen der Machthaber und der öffentlichen Meinung den Gehorsam zu verweigern – dass man aufwacht, und das Gefühl der Hilflosigkeit und Sinnlosigkeit verliert" (Fromm).

\* \* \*

## **Täuschen, Ablenken, Relativieren: Deutsche Medien über abgehörtes Luftwaffen-Telefonat**

<https://freedert.online/meinung/198134-taeuschen-ablenken-relativieren-umgang-deutscher-medien-mit-taurus-leak/>

03.03.2024

**Das Verschweigen hat nicht funktioniert, die Authentizität des abgehörten Gesprächs steht inzwischen fest. Nun versuchen viele deutsche Medien, mit allerlei propagandistischen Tricks vom Kern des Skandals abzulenken: Deutschland wäre Mittäter eines geplanten Terroranschlags mit potenziell hunderten Toten.**

*Von Alexej Danckwardt*

Auch am dritten Tag nach Bekanntwerden der detaillierten Planungen deutscher Luftwaffengeneräle, der Ukraine die Zerstörung der Krim-Brücke mittels deutscher Taurus-Marschflugkörper zu ermöglichen, lassen die Medien des Mainstream nichts unversucht, um das Publikum vom eigentlichen Kern der Enthüllung und dem wahren Skandal abzulenken.

Inzwischen musste das Bundesministerium der Verteidigung in Berlin die Echtheit der Aufzeichnung einräumen. Die Beratung der vier hochdekorierten Offiziere hat genau so stattgefunden, wie es RT berichtet. An der Authentizität der Aufzeichnung gibt es keine Zweifel mehr.

Doch der Fokus der Berichterstattung in deutschen Medien wird von der Tatsache, dass die Bundeswehr der Ukraine Taurus-Marschflugkörper in perfekter Kenntnis der Absichten Kiews sie zur Zerstörung der Krim-Brücke zu verwenden, liefert, auf Nebensächlichkeiten verschoben. Nicht die geplante vorsätzliche Beihilfe zu einem Terrorakt (den die deutsche Luftwaffe "vorsorglich" auch noch bis ins Detail durchgeplant hat, weshalb man sogar von einer Mittäterschaft sprechen kann), sehen deutsche "Qualitätsjournalisten" als skandalös an, sondern den Umstand, dass man aufgefliegen ist.

Das, was die Offiziere besprochen haben, wird in allen Berichten verharmlosend heruntergespielt. Der Spin, auf den die Redaktionen großer deutscher Medien festgelegt wurden, lautet allgemein, die Generäle hätten die "theoretischen Möglichkeiten" der Taurus besprochen. Dass dies eine Lüge ist,

wird jeder feststellen, der sich die Aufzeichnung der abgehörten Beratung selbst anhört. Jedem der vier beteiligten Offiziere ist bewusst, dass Kiew das Taurus-"Supertool" (O-Ton des Inspektors der Luftwaffe Ingo Gerhartz) nutzen will, um die Krim-Brücke zu zerstören. Wie es gehen könnte, haben sie bereits durchmodelliert und wollen ihre Berechnungen den ukrainischen Streitkräften überlassen, um den Erfolg der Mission zu garantieren. Man unterhält sich darüber, wie man diesen Wissenstransfer bewerkstelligt: über eine viermonatige Ausbildung zur Bedienung der Taurus "inklusive der Brückenoption", über die Briten oder über den Taurus-Hersteller.

Die Aufzeichnung selbst bekommt der Zuschauer oder Hörer deutscher Sender wieder einmal gar nicht zur Kenntnis, der Leser deutscher Presseerzeugnisse darf das wörtliche Transkript weiterhin nicht lesen. Beides steht dem mündigen deutschen Bürger nur bei *RT DE* zur Verfügung, alle anderen Medien schirmen ihn von dem brisanten Inhalt der direkten Quelle wie ein Kleinkind von Süßem ab.

Kommentare zu der Enthüllung werden nur von ausgewiesenen Kriegstreibern und "Falken" unter den Politikern eingeholt: Fast überall werden Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen), der Lithium-Lagerstätten-Eroberer aus der CDU Roderich Kiesewetter und die FDP-Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann ausgiebig zitiert. Kriegsskeptische Stimmen sind in der laufenden Berichterstattung und Kommentierung des Eklats kaum zu vernehmen.

Die Kriegstreiber haben sich inzwischen einen weiteren Spin einfallen lassen. Die Aufzeichnung enthülle nach ihrer Darstellung nur eines: Der Bundeskanzler Olaf Scholz lüge ja, wenn er auf die zwingende Beteiligung deutscher Soldaten im Falle von Taurus-Einsätzen hinweise und die Lieferung des "Supertools" mit Blick auf diesen Umstand ablehne. Das ist allerdings nur insoweit richtig, als statt deutscher Soldaten britische oder US-amerikanische (O-Ton Gerhartz: *"Leute mit amerikanischem Akzent in Zivilklamotten"*) die Leitung der Taurus-Einsätze übernehmen könnten. Die Ukrainer selbst würden – so verrät ausdrücklich der Inhalt der abgehörten Beratung – nur nach einer längeren Ausbildung und auch dann nur auf Grundlage von Deutschland überlassener Rohdaten (die bislang "For German Eyes Only" – "nur für deutsche Augen" sind) die Taurus erfolgreich einsetzen.

Insgesamt ist die Tiefe des deutschen Falls kaum in Worte zu fassen. Von dem heilig hochgehaltenen Tabu "Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete" bis zur unmittelbaren Planung eines glasklaren Terroraktes innerhalb von nur zwei Jahren – so schnell ist Deutschland in Abgründe herabgestiegen. Dass all diese Tabubrüche ausgerechnet dann erfolgen, wenn es gegen Russland geht, spricht Bände darüber, wessen Geistes Kinder da agieren.

Wenn ein Waffenhändler einem Kunden eine Pistole verkauft, ohne zu wissen, was dieser damit vorhat, ist es das eine. Kommt dagegen ein Kunde zum Waffenhändler und sagt:

*"Ich will meine Frau töten! Hast du 'was Passendes, am besten mit Schalldämpfer?"*,

dann ist das etwas ganz anderes – nämlich Beihilfe zu Mord durch den Waffenhändler. Und etwas wieder anderes ist es, wenn er dem Kunden auch noch anbietet, ihn an der Waffe auszubilden, ihm einen Plan skizziert, wie und wo er seiner Frau am besten auflauert und wohin genau er zu zielen hat. Alternativ könne er einen professionellen britischen Auftragskiller vermitteln, der sich ohnehin schon in der Gegend herumtreibt.

Wenn sich dann auch noch herausstellt, dass unser Waffenhändler selbst einen persönlichen Groll gegen diese Frau hat, weil sein Opa sie in jungen Jahren vergewaltigen wollte und einen deftigen Tritt ins Gemächt bekommen hat, dann ist es nach jeder Rechtsprechung aller Gerichte glatte Mittäterschaft.

Was wir in dem abgehörten Gespräch hörten, ist nämlich genau dies: der Verkauf einer Waffe in dem vollen Bewusstsein, dass damit ein Verbrechen begangen werden wird. Und es ist die Mittäterschaft durch volle Tatherrschaft: Planung, Ausbildung, Ausspähen des Opfers, Vermittlung ausführender Profis.

All das ist übrigens nur möglich, weil der deutsche Journalismus degeneriert ist und zu dieser Art Verbrechen auch noch lautstark anstachelt. Und wenn es doch öffentlich wird, dann verschleiert er:

*"Es war ja nur eine Diskussion der technischen Möglichkeiten."*

Ich habe nur noch eine Frage: Sind die Deutschen heute wirklich so dumm, wie es die Mainstream-Propaganda-Meute in ihrem Land glaubt?

\* \* \*

## **Scholz und Pistorius: Irres Schweigen! – Es ist fünf vor Krieg**

<https://freedert.online/meinung/198260-scholz-und-pistorius-irres-schweigen/>

04.03.2024

**In der Taurus-Abhöraffaire wird in Deutschland medial-politisch empört auf die Tatsache eines Mitschnitts reagiert, weniger über die Brisanz der aufschlussreichen Inhalte eines deutschen Plauderquartetts militärischer Mitarbeiter. Autor Uli Gellermann zeigt sich entsetzt, über das "Nicht-Niveau" der Erklärungen.**

*Von Uli Gellermann*

Da haben sich hochrangige Bundeswehr-Offiziere, unter ihnen der Chef der Deutschen Luftwaffe, der Generalleutnant und Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz, ganz locker über die Möglichkeit unterhalten, wie man denn mit dem deutschen Marschflugkörper Taurus eine Brücke in Russland zerstören könne. Schon die Planung dieses Angriffs ist die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Überall auf der Welt gilt das als Kriegserklärung.

Die russische Regierung könnte, zum Schutz ihres Landes, diese Vorbereitung unmittelbar mit der prophylaktischen Zerstörung dieser Raketen beantworten. Bevor ihre Bürger von dieser Hightech-Waffe zerfetzt werden und bevor die deutsche Waffe strategischen Schaden und Vorteile erzielen kann, könnte die russische Regierung die Produktions- und Lagerstätte des Marschflugkörpers im bayerischen Schrobenhausen zerstören.

Dass dieser Abwehrschlag der Russen nur der Beginn eines viel größeren Krieges in Mitteleuropa wäre, ergibt sich aus den Erfahrungen der russischen Armee (Rote Armee) im Zweiten Weltkrieg: Der Feind wird und muss auf dessen Boden geschlagen werden, um eigene Opfer zu verringern.

### **Haltloses Kriegsgeschwätz**

Angesichts dieser Gefahr müsste sich eine verantwortungsvolle deutsche Regierung vom haltlosen Kriegsgeschwätz ihrer Offiziere öffentlich distanzieren. Statt einer Distanzierung faselt Verteidigungsminister Pistorius, man "dürfe Putin nicht auf den Leim gehen". Und Kanzler Scholz degradiert die gefährlichen Kriegsspieler nicht, sondern wehrt nur ab: "Deshalb wird das jetzt sehr sorgfältig, sehr intensiv und sehr zügig aufgeklärt". Die deutschen Medien wollen den Ernst der Lage ebenfalls nicht erkennen: Sie wollen die Verschärfung der Kriegsgefahr nicht sehen, sondern behandeln den Vorfall als einen "Abhörskandal". Nicht die Kriegsvorbereitung wird aufs Korn

genommen, sondern der Russe.

## Anschläge auf die Gaspipelines

Schon die Anschläge auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 am 26. und 27. September 2022 waren eine faktische Kriegserklärung, die von der russischen Regierung mit erstaunlicher Geduld hingenommen wurde. Immerhin hatten Agenten der USA – mitten im Frieden – ein Sprengstoff-Attentat auf russisches Eigentum verübt. Mit diesem terroristischen Akt begann der nicht offen erklärte Krieg der US-NATO gegen Russland. In diesem Krieg gehörten und gehören die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu dem kaum verdeckten Instrumentarium, das die russische Position im Kriegsfall verschlechtern soll.

Trotz des medialen Trommelfeuers glaubt nach einer *NDR*-Umfrage eine Mehrheit der Befragten nicht an einen Sieg der Ukraine. Dieser mangelnde Glaube an einen NATO-Sieg spiegelt sich auch in einer Umfrage in den USA: Mehr als 30 Prozent der Befragten in den USA haben im Dezember 2023 angegeben, dass die Unterstützung der Ukraine durch die USA zu weit geht. Die US-Administration unternimmt auch deshalb alles, um Russland als Aggressor darzustellen.

## Grüne brauchen Sieg in der Ukraine

Eine Umfrage der *Berliner Zeitung* stellt fest: Fast jeder vierte Deutsche (24 Prozent) würde im Kriegsfall so schnell wie möglich das Land verlassen. Kriegsbegeisterung sieht anders aus. Es sind besonders Grüne wie Annalena Baerbock und Anton Hofreiter, die den Ukrainekrieg wie ein Wahlkampfprojekt behandeln. Die Zustimmung zu den Grünen hat sich in Vorbereitung der EU-Wahlen halbiert.

Aber die Parteistrategen hoffen auf einen Falkland-Effekt: Die britische Premierministerin konnte im Ergebnis des von ihr angezettelten Falkland-Krieges die schlechte Lage ihrer Partei drastisch verbessern. Auch deshalb verkündet Hofreiter Durchhalteparolen wie diese: "Ukraine muss versuchen, die Front bis 2025 zu halten". Kein Erbarmen mit den Toten und Verletzten, keine Verhandlungs-Absicht, in Vorbereitung der EU-Wahlen brauchen die Grünen einen Sieg in der Ukraine.

## Tod den Faschisten

Der russische Ex-Präsident Dmitri Medwedew kommt in seiner Bewertung des Bundeswehr-Offizier-Dialoges zu diesem Schluss: "Tod den Faschisten". Der Rückgriff auf den Zweiten Weltkrieg ist im Bewusstsein der Russen tief verankert: Die Deutschen hatten sie überfallen und sie hatten Millionen Menschenleben zu beklagen. Das deutsche Magazin Focus macht aus dem Zitat Medwedews "Tod den Faschisten" diesen Spruch: "Ex-Präsident Dmitri Medwedew fordert auf der Plattform X (ehemals Twitter) sogar den "Tod" der Deutschen".

Das ist nicht nur eine Fälschung, sondern zeigt auch, wie tief die Identifizierung mit dem Nazi-Reich in deutschen Leitmedien geht: bis zur Bereitschaft zum Kriegseintritt.

*Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern begründen seine Medienkritik. Er ist Betreiber der Internetseite [www.rationalgalerie.de](http://www.rationalgalerie.de). Der Beitrag wurde zuerst am 4. März 2024 auf [www.rationalgalerie.de](http://www.rationalgalerie.de) veröffentlicht.*

\* \* \*

## Ukrainer drohen dem Westen mit Terrorfeldzug

<https://freedert.online/meinung/198309-ukraine-droht-westen-mit-terror/>

05.03.2024

## **Ukrainische Rechtsradikale drohen dem Westen zunehmend mit Gewalt und Anarchie, sollten europäische Länder der Maidan-Ukraine nicht in dem Umfang helfen, wie Kiew es sich wünscht. Muss man das ernst nehmen?**

*Von Wladimir Kornilow*

Europäer beginnen gerade erst zu erahnen, was sie nach der Niederlage des ukrainischen Regimes in dem Abenteuer erwartet, in das der Westen es getrieben hat. Der französische Außenminister Stéphane Séjourné hat bereits abgeschätzt, dass nach dem Zusammenbruch der Ukraine zehn Millionen Flüchtlinge nach Europa strömen werden. Allerdings hat er nicht erklärt, was genau ihm an dieser Zahl Angst macht, wenn man bedenkt, dass sich derzeit Millionen ukrainischer Flüchtlinge auf Einladung der Europäer ganz legal in europäischen Ländern aufhalten. Ist Europa jetzt wirklich nicht zufrieden mit den Ukrainern?

Die Zeit ist vorbei, als Europäer die ukrainischen Behörden noch auffordern konnten, den sie alimentierenden westlichen Ländern zumindest formell mehr Respekt entgegenzubringen. Erinnern wir uns daran, wie der damalige britische Verteidigungsminister Ben Wallace im Juli letzten Jahres dies Wladimir Selenskij nach einer weiteren unhöflichen Forderung des ukrainischen Präsidenten bezüglich der Lieferungen an das Kiewer Regime empfohlen hatte. Drei Tage später musste Wallace seinen Rücktritt und seinen Abschied aus der Politik bekannt geben.

Heutzutage ist es keine Frage der Dankbarkeit mehr. Jetzt bedrohen die Ukrainer ihre westlichen Sponsoren direkt und offen, erpressen sie und fordern weitere Unterstützung. Allein in den letzten Tagen wurde der Westen von Persönlichkeiten verschiedener Ebenen mehrfach bedroht.

So erklärte beispielsweise der militante Maidan-Aktivist Dmitri Kortschinski in seinem Blog, dass die Ukraine "leider die falschen Verbündeten gewählt" habe. Nach seiner Meinung wäre es viel richtiger gewesen, an Stelle des "zerfallenden Westens" Iran oder Nordkorea als Verbündete zu haben. Und er forderte offen Veränderungen in diesem Westen, unter anderem durch Proteste und Druck auf europäische Regierungen:

*"Es muss etwas dagegen getan werden, Brüder. Wenn mich jemand beobachtet, dann tut etwas dagegen. Eure Landsleute sterben an der Front, für euch ist es viel einfacher als für sie. Das Schlimmste, was sie mit euch tun werden, ist, euch abzuschieben."*

Ein weiterer Ideologe des ukrainischen Terrorismus ist Jewgeni Diki, ein ehemaliger Aidar-Kämpfer, der kürzlich im Fernsehsender *Espresso* eine offene Drohung an Ungarn aussprach. Wörtlich sagte er Folgendes:

*"Selbst wenn wir verlieren, werden wir eine kampferprobte Millionenarmee haben, die sich zurückzieht. Und am Ende wird sich die Frage stellen: Wo ist die letzte Grenze, hinter die wir uns zurückziehen sollten? Mir scheint, dass es in einem solchen Fall ... ein guter Plan wäre, Ungarn zu besetzen und zwanzig Millionen ukrainische Flüchtlinge dorthin zu bringen. Und ich würde gerne sehen, was Orbáns 30.000 Mann starke Armee, die in ihrer Geschichte noch nicht einen Tag gekämpft hat, in einer solchen Situation ausrichten könnte."*

Ist das die "Dankbarkeit" auf Ukrainisch, mit der Wallace einst gerechnet hatte?

Ein weiterer Maidan-Aktivist ist Mark Gordijenko, der über sein Interview mit den französischen Medien sprach, in dem er seine Angst vor einem "Verrat durch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union" zum Ausdruck brachte. Es folgte ein Besinnungsaufsatz, durchsetzt mit Schimpfwörtern und Beleidigungen gegen seine "Wohltäter". Gordijenko versprach den Franzosen, dass Europa mit Millionen von Ukrainern überschwemmt werden würde, die sich "in Hunderte und Tausende von Kampfzellen aufteilen" und dort für Anarchie sorgen würden. Abschließend drückte der ukrainische Aktivist auch gegenüber seinen französischen Gesprächspartnern seine Art "Dankbarkeit" aus:

*"Gebt uns Waffen, damit wir die Horde bekämpfen können, sonst bekommt ihr so viele Probleme, dass ihr gerne hundertmal mehr zahlen würdet, aber dann wird es zu spät sein."*

Und es gibt immer mehr solcher Äußerungen. Man könnte sie abtun und sagen: "Warum solche marginalisierten Menschen zitieren, die keine Entscheidungen treffen?" Aber die Flut dieser und ähnlicher Drohungen begann mit einer Art Freigabe von niemand anderem als Selenskij persönlich! Im Herbst letzten Jahres hatte der Chef des ukrainische Regimes in einem aufsehenerregenden Interview mit *The Economist* im Wesentlichen dasselbe gesagt, wobei er lediglich weniger strenge Definitionen verwendete. Schon damals deutete er die "schlimme Geschichte" an, dass ukrainische Flüchtlinge nach Europa kommen würden, wenn die Hilfe für die Ukraine gekürzt würde. Die aktuellen Drohungen ukrainischer Persönlichkeiten auf jeder Ebene sind also nur eine kreative Weiterentwicklung der Worte ihres Präsidenten.

Offene Drohungen sind auch die Äußerungen hochrangiger Kiewer Beamter über die Organisatoren der polnischen Bauernproteste, ganz zu schweigen von den Hassbotschaften, die polnische Politiker von Ukrainern erhalten, die keinen offiziellen Status haben. Diese spielen auf eine Wiederholung des Massakers von Wolhynien an, bei dem Bandera-Anhänger im Zweiten Weltkrieg ganze polnische Dörfer abschlachteten. *"Ich habe Russen die Kehle durchgeschnitten, ich denke, ich werde es auch mit euch tun"*, lautet der Text eines typischen ukrainischen Drohbriefes, die Rafal Mekler, einer der Organisatoren der polnischen Proteste, Journalisten zeigte.

Sicherlich meinte Ben Wallace im letzten Sommer etwas anderes, als er Dankbarkeit von Selenskij einforderte. Die ukrainischen Nationalisten waren zu keiner Zeit in der Lage, auf andere Weise zu "danken" als vorstehend zitiert. Die Menschen im Westen haben einfach noch nicht begriffen, was für ein Monster sie damit großgezogen haben. Sie glaubte wie immer naiv, dass sie mit der ideologischen Förderung des ukrainischen Terrorismus ein ewiges Problem für Russland schaffen würden. So wie sie einst auch dachten, dass die von ihnen ausgerüsteten afghanischen Dschihadisten nur uns Russen Kopfzerbrechen bereiten würden, ohne zu ahnen, dass sie dieses Übel einmal selbst bekämpfen müssten.

Aber Afghanistan ist weit weg von Europa. Die Ukraine mit ihren Militanten ist Europa ganz nahe. Und die Drohung, den europäischen Kontinent mit rücksichtslosen, kriegslüsternden ukrainischen Nazis zu überschwemmen, ist nicht unbegründet. Und sie wissen vor allem, wie sie sich bei den Europäern "bedanken" können.

*Übersetzt aus dem Russischen und am 4. März 2024 auf ria.ru erschienen.*

\* \* \*

## **Deutsche Förderungspolitik im Ausland: Eine Geschichte des Scheiterns**

<https://freedert.online/meinung/198370-deutsche-foerderungspolitik-im-ausland-geschichte/>

06.03.2024

**Der deutsche Steuerzahler finanziert dank der Bundesregierung weltweit "ökofeministische Entwicklungsalternativen". Der Sinn dieser Ausgaben ist fragwürdig und – wie das Beispiel der Förderungspolitik in Russland zeigt – auch ineffizient.**

*Von Sergei Simonow*

Neulich sorgte Deutschlands Entwicklungshilfe für viele Schlagzeilen. Sogar in den Mainstream-Medien (wie zum Beispiel bei Markus Lanz im *ZDF*) wurde rege diskutiert, ob etwa 500.000 Euro für die "Förderung positiver Maskulinität in Ruanda" oder dieselbe Summe für "ökofeministische Entwicklungsalternativen in Südafrika" tatsächlich eine sinnvolle Ausgabe deutscher Steuergelder ist.

Vergleichbare Projekte werden vom Bund auf allen Kontinenten finanziert. Und zwar geht es oft nicht nur um Hunderttausende, sondern um viele Millionen Euro, die aus der deutschen Staatskasse in alle Himmelsrichtungen verteilt werden. Insgesamt zahlte Deutschland im Jahr 2022 rund 34 Milliarden (!) Euro für "Entwicklungsleistungen".

Auf den ersten und auch auf den zweiten Blick ergeben Transfers für Projekte wie die oben genannten keinen Sinn. Doch am Beispiel der in Russland bzw. für russische Staatsbürger bereitgestellten Fördermittel kann ein Einblick gewonnen werden, was das wirkliche Kalkül bei der Finanzierung abstrus klingender Initiativen rund um die Welt sein könnte. Denn auch in Russland waren deutsche Förderer bis 2022 aktiv (und sind es in veränderter Form immer noch, dazu aber etwas später). Zum Beispiel politische Stiftungen, die ja ihrerseits selbst durch Mittel von Bundesministerien und der Länder finanziert werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung etwa lagen in Russland bei der Unterstützung von ökologischen, feministischen und LGBTQ-Projekten – womit wir wieder beim dubios anmutenden "Ökofeminismus" wären, dessen Popularisierung jetzt in Südafrika und anderen Ländern aus deutschen öffentlichen Haushalten bezahlt wird.

Eins der Projekte, das die Böll-Stiftung zuletzt in Russland (vor ihrem Rauswurf aus dem Land im Jahr 2022) gefördert hat, war die sogenannte "Feministische Datscha". Das erklärte Ziel des im Oktober 2020 initiierten Projektes war es, "Feministinnen und LGBTQ-AktivistInnen, die sich in einem Zustand des Burn-outs befinden" eine Residenz von einer Woche bis zu einem Monat anzubieten. Alle Kosten der vom Burn-out befallenen Aktivistinnen ("Mahlzeiten, Unterkunft, Gruppentherapie und psychotherapeutische Einzelsitzungen") wurden von Veranstaltern übernommen – offensichtlich dank der Gelder aus dem Hause der Böll-Stiftung.

Man kann sich natürlich fragen, warum Arbeitende in Deutschland für das seelische Wohlbefinden russischer, in Moskau lebender Feministinnen und LGBT-Aktivistinnen aufkommen sollen. Doch das ist nicht der interessanteste Punkt in diesem Kontext – zwar wurden hierfür deutsche Steuergelder verpulvert, aber zumindest kostet ein Residenzprogramm für ein paar Dutzend Leute in der Nähe von Moskau nicht die Welt.

Interessanter wird es, wenn man auf dieses von Deutschland geförderte Projekt und dessen Veranstalter von heute aus blickt. Was haben diese Aktivistinnen ab Februar 2022 gemacht? Dieselben Personen, die 2020 bis 2021 eine "feministische Datscha" für von Burn-out-Geplagte betreuten – gründeten gleich nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges den sogenannten "Feministischen Antikriegswiderstand" und wanderten kurze Zeit später aus Russland aus.

Im Ausland schlug ihre angebliche Antikriegsposition schnell ins Gegenteil um, nämlich in eine

Kriegsbefürwortung, jedoch auf der Seite der Ukraine. In sozialen Netzwerken rief der "feministische Widerstand" russische Soldaten dazu auf, sich der ukrainischen Armee zu ergeben und eine der Sprecherinnen dieser Gruppe, Darja Serenko, schrieb, dass das Spenden an die ukrainische Armee jetzt "ethisch korrekt" sei. Somit durchlebten diese Aktivisten dieselbe Transformation wie ihre deutschen Förderer von den Grünen, die mittlerweile jede Spur von Pazifismus vermissen lassen. Für sie scheinen Friedensverhandlungen und eine Kompromisslösung mit Russland undenkbar, stattdessen ist nur noch von Waffenlieferungen und einer Unterstützung ukrainischer Militärs die Rede.

Darja Serenko ist in Deutschland inzwischen zu einem Mini-Star der proukrainischen und prowestlichen "Antikriegsbewegung" avanciert. Mainstream-Medien führen mit ihr Interviews; ein Buch von Serenko erschien in deutscher Übersetzung bei Suhrkamp. Und der "Feministische Antikriegswiderstand" hat letztes Jahr sogar den Aachener Friedenspreis verliehen bekommen. Die "richtige" politische Position wird im heutigen Deutschland nun mal belohnt, so können auch Russen in der Medien- und Kulturlandschaft der Bundesrepublik ihren Platz finden – sofern sie laut für die Ukraine werben. Von wegen "Kultur-Boykott gegen Russland".

Ein anderes Paradebeispiel für die deutsche Unterstützungspolitik im Ausland ist der jüngste Werdegang des heute in Berlin lebenden russischen Exil-Journalisten Michail Sygar. In den Zehnerjahren wurde Sygar als "intimer Kenner des Kremls und der Machteliten" (wie er zum Beispiel auf der Webseite des Verlags Kiepenheuer & Witsch angekündigt wird) bekannt. Er schrieb eine Reihe von kremlkritischen Sachbüchern, die auch in Deutschland viel Beachtung fanden – diese Bücher wurden ins Deutsche übersetzt und in den Medien gefeiert.

Im Jahre 2022 wanderte Sygar nach Berlin aus und führt seither eine Reihe von russischsprachigen Medienprojekten, für dessen Finanzierung er die sogenannte "XZ Foundation" gründete. Das erklärte Ziel der Organisation ist es, "Putins Propagandablase mit Kultur, Kunst und Humanismus zum Platzen zu bringen". Da scheint es nicht verwunderlich, dass sich deutsche und andere westliche Förderer eingeladen fühlten, solch einen "Kulturkampf mit dem Bösen" großzügig zu unterstützen.

Es kam auch deshalb gelegen, weil die Bundesregierung hinsichtlich der Unterstützung von Akteuren in und aus Russland augenscheinlich auf die "Bekämpfung von Desinformation" gesetzt hat. Auf der Webseite des Auswärtigen Amtes heißt es, dass die geförderten Projekte "eines der vier Förderziele verfolgen müssen". Gleich das erste angeführte Ziel: "Pluralismus und Resilienzen stärken – um Meinungs- und Medienvielfalt zu unterstützen und Desinformation zu bekämpfen". Übersetzt aus dem Förderungsdeutsch bedeutet dies: prowestliche Narrative verbreiten.

Um dieses Förderziel explizit zu verfolgen, wurden auch extra Strukturen wie MiCT oder JX Fund geschaffen, die es sich zur Sache gemacht haben, "Exilmedien und unabhängige Medien zu stärken". Diese Strukturen werden ihrerseits direkt durch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie andere öffentliche und private Spender finanziert – und das Geld wird dann an Projekte wie die von Michail Sygar verteilt.

Was sind das für Narrative, die beispielsweise vom Exil-Russen Sygar nun verbreitet werden? Es ist interessant, einen Blick darauf zu werfen. Ein Projekt aus dem Hause Sygar heißt "Russische Schurken". Es sind kurze Zeichentrickfilme, die russische historische Persönlichkeiten verspotten, vom mittelalterlichen Fürsten Alexander Newski bis Wladimir Lenin – und ein Bild vermitteln sollen, dass Russland und die russische Geschichte schon immer, welches Zeitalter man auch nimmt, blutig und ungerecht gewesen seien. Für diese Video-Reihe ertete Sygar selbst in den Reihen russischer prowestlicher Oppositioneller (zum Beispiel von ehemaligen Mitarbeitern von Alexei

Nawalny) heftige Kritik: Geschichtsmanipulation sei hier so offensichtlich und grob gemacht, dass man diese Videos einfach nicht ernst nehmen könne.

Ein anderes Lieblingsthema von Sygar heißt "Dekolonialisierung". In verschiedenen Youtube-Videos wird suggeriert, dass Russland ein Land von Aggressoren sei, das schon immer alle Völker unterdrückt habe. Im letzten Video auf seinem Youtube-Kanal erzählt Sygar, wie blutrünstig die Russen angeblich bei der Eroberung Sibiriens gegen indigene Völker vorgegangen seien. Die Botschaft ist auch hier ziemlich klar und richtet sich vor allem an Tataren, Jakuten und andere Einwohner Sibiriens nicht-russischer Abstammung: "rebelliert gegen den russischen Staat, stellt ihn infrage".

Solche Aufrufe zur Desintegration, das Stiften von Unfrieden innerhalb der russischen Gesellschaft, die Sygar hier ganz offen, jedoch nicht sehr geschickt betreibt, sind bei verschiedenen Exil-Projekten mittlerweile zu einem Leitmotiv geworden. Zum Beispiel auch bei dem "Dekabristen e.V.", der sich auf der Webseite als "ein Berliner Verein und ein Netzwerk von jungen Osteuropa-Expert\*innen" präsentiert und dessen Programme, wie es heißt, "durch das Auswärtige Amt, durch Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und sonstige öffentliche und private Stiftungen" finanziert werden.

Eins dieser Programme heißt "Feminist Translocalities: Förderung des Dialogs zwischen Frauenorganisationen aus Deutschland, Belarus, Russland, der Ukraine". Auf der Webseite der "Feminist Translocalities" ist ein "Appell zur Dekolonialisierung der Russischen Föderation" zu finden, in dem unverblümt zur "Vernichtung des Imperiums" und zur Zersplitterung Russlands in viele Einzelstaaten aufgerufen wird. Also wieder an den Feminismus gekoppelt und mit russlandfeindlichen Narrativen – aus Sicht der deutschen Förderer scheint das wohl die perfekte Kombi zu sein. Fehlen also nur noch die Ökos.

Und da ist sie ja (schon wieder): die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung, die im November 2023 ein Geschichtsforum zum Thema "Dekolonisiert Euch!" veranstaltet hat. "Das 11. Europäische Geschichtsforum griff die hochaktuelle Debatte um Dekolonialisierung in Bezug auf die Sowjetunion, Russland und auf den Westbalkan auf", heißt es auf der Webseite der Stiftung. Erneut eine öffentliche Legitimation des Gedankens, dass der russische Staat "dekolonialisiert" werden müsste. In diesem Fall wurde (zumindest, sofern man dem Artikel folgt, der im Nachgang über die Konferenz auf der Webseite der Stiftung veröffentlicht wurde) nicht direkt über die Auflösung Russlands diskutiert oder dazu aufgerufen, wie bei den oben genannten "translokalen Feministinnen". Jedoch allein die Formulierung im Untertitel des Artikels über das Forum, dass es "eine hochaktuelle Debatte um Dekolonialisierung in Bezug auf Russland" gäbe, verrät schon die Intention der Veranstalter.

Als Zusammenfassung: Unter dem Mantel des Feminismus und "ökologischer", Grünen-naher Inhalte, sowie unter dem Mantel des unabhängigen Journalismus werden – gefördert von deutschen öffentlichen Instanzen – Narrative verbreitet, die man in einer Situation der globalen Krise durchaus als Kriegspropaganda bezeichnen kann.

Und in dieser Situation könnte man meinen, dass die Förderung prowestlicher, als "Ökofeminismus" camoufflierter Ideen gar nicht so verkehrt sei. Doch am Beispiel deutscher Förderungspolitik in Russland kann man ablesen, dass es dabei ein großes Problem gibt, und das heißt Effektivität.

Was haben die aus Deutschland finanzierten Russen erreicht, aus Sicht der Bundesregierung? Nicht viel. Um nicht zu sagen, gar nichts. In Russland blieben ihre Ideen marginal und alsbald ein offener Konflikt ausbrach, wanderten sie aus und werden jetzt vom deutschen Steuerzahler weitergetragen

– nur im Exil. Die Unterstützung des Kremls durch die russische Bevölkerung ist seit 2022 sogar noch gewachsen, was durch zahlreiche Umfragen belegbar ist. Und es gibt jede Menge Gründe zu glauben, dass dieselbe Politik des deutschen Staates zum Beispiel in Afrika (erinnern wir uns an dieser Stelle wieder an die "Förderung positiver Maskulinität in Ruanda" oder "ökofeministische Entwicklungsalternativen in Südafrika") die gleichen Früchte tragen wird. Nämlich keine. Prowestliche, "ökofeministische" Narrative konnten sich in nicht-westlichen Gesellschaften nicht verfestigen – und werden in Krisensituationen sehr schnell abgeworfen.

Deshalb gibt es auch viele Gründe zu behaupten, dass die Hunderttausende und Millionen an öffentlichen Geldern sinnvoller im Inland ausgegeben werden könnten. Zum Beispiel im Sinne der Unterstützung für Bauern oder andere arbeitende Menschen in Deutschland.

Ganz zu schweigen davon, dass die Förderung von Oppositionen im Ausland in einer Situation, in der die eigene heimische Opposition in der Politik und in deutschen Mainstream-Medien vielerlei verunglimpft wird, zumindest doppeldeutig ist.

\* \* \*

## **Noch kein Point of no Return – aber Russland sieht die Kriegsvorbereitungen des Westens**

<https://freedert.online/meinung/198422-deutschland-bereitet-sich-auf-den-krieg-vor/>

07.03.2024

**Frankreichs Pläne, Truppen in die Ukraine zu entsenden sowie Erwägungen der Bundeswehr über eine Sprengung der Krimbrücke machen die Gefahr eines Kriegs in Europa überaus real. Historische Erfahrungen und Prinzipien der nach 1945 festgelegten Ordnung sind im Westen vergessen.**

*Von Anna Schafran*

Je schlechter die Dinge beim Westen und seinen Marionetten in der Ukraine laufen, desto bedrohlicher wird die Rhetorik der westeuropäischen Politiker. Erst preschte der Mächtigen-Napoleon Emmanuel Macron mit seinen Drohungen vor, NATO-Truppen in die Ukraine zu schicken (wobei sie sich ohnehin dort befinden, wie wir wissen), und nun diskutiert die deutsche Bundeswehr allen Ernstes einen Anschlag auf die Krim-Brücke.

Im Übrigen wäre es interessant, zu wissen: Erinnert man sich in Deutschland daran, dass unsere Bauarbeiter die erste Krim-Brücke im Jahr 1944 aus erbeuteten deutschen Materialien errichtet hatten? Damals hatte der Übergang wegen des hastigen Bautempos nur für eine kurze Zeit funktioniert, aber dennoch seine Hauptfunktion erfüllt – nämlich, die Versorgung der vorrückenden sowjetischen Truppen zu gewährleisten und die Sicherheit der sowjetischen Delegation bei ihrer Fahrt zur Jalta-Konferenz zu erhöhen.

Offensichtlich sind die unter anderem in Jalta formulierten Prinzipien der Nachkriegsweltordnung inzwischen vom Westen gänzlich vergessen. Es sei daran erinnert, dass ausgerechnet die NATO den ersten Krieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg entfachte, als sie im Jahr 1999 Jugoslawien angriff. Und die erste gewaltsame Grenzänderung geschah ebenfalls auf die Initiative der NATO, als Serbiens historisches Gebiet Kosovo abgetrennt wurde, wo sich heute Europas größter US-Militärstützpunkt befindet.

Wenn ein Land ein Gebiet von einem anderen trennt und dort seinen Militärstützpunkt baut, heißt das in jedem Fall Besatzung, selbst wenn es im Kosovo eine eigene albanische Administration und

sogar irgendwelche Wahlen gibt.

Die erste gewaltlose Änderung der Nachkriegsgrenzen war Deutschlands Wiedervereinigung gewesen. Damals war im Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland klar festgeschrieben worden, dass ausländische Truppen sowie Nuklearwaffen und ihre Träger nicht auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden.

Formal wird dieser Vertrag scheinbar immer noch erfüllt – alle US-Militärstützpunkte befinden sich in Westdeutschland. In Wirklichkeit wird er, wie auch im Fall der NATO-Truppen in der Ukraine, gar nicht erfüllt. Es hat freilich auch wenig Sinn, ihn zu erfüllen, wenn schon Polen und die baltischen Länder NATO-Mitglieder sind und niemandem versprochen hatten, keine US-Truppen auf ihrem Gebiet zu stationieren.

Wenn Dmitri Medwedew schreibt, dass sich Deutschland auf einen Krieg mit Russland vorbereitet, trägt er damit nicht zu dick auf. Sie haben tatsächlich vergessen, dass keine einzige ihrer Aggressionen erfolglos war und dass diesmal wegen der Nuklearwaffen alles ganz anders sein könnte.

Ein weiteres interessantes Detail: Solange eine bewaffnete Konfrontation zwischen Russland und NATO rein hypothetisch gewesen war, waren osteuropäische Zwergstaaten sehr gern mit Drohungen gegenüber Russland aufgetreten. Als es aber wirklich ernst wurde, hüllten sie sich plötzlich in Schweigen und begannen, die Möglichkeit einer Entsendung von Truppen in die Ukraine eifrig zu verneinen – mit Ausnahme von ganz Beschränkten wie der Estin Kaja Kallas.

Denn alle halbwegs vernünftigen Menschen verstehen, gegen wen sich der erste taktische Atomschlag im Fall eines militärischen Konflikts richten würde und über welches Territorium die Bodentruppen vorrücken würden. Die noch Klügeren verstehen sehr gut, dass auch die NATO-Truppen nicht zimperlich wären und ohne besondere Sentimentalität beliebige osteuropäische Städte zerbomben würden, wenn sie es für militärisch zweckmäßig hielten.

Noch hat die Lage keinen Point of no Return erreicht. Deutsche und französische Bürger haben immer noch die Möglichkeit, ihre Regierung zu wechseln und sich aus der selbstmörderischen Konfrontation mit Russland herauszuhalten. Was uns angeht, drohen wir bekannterweise niemandem und werden keinen Krieg entfachen, allerdings auch keine fremde Aggression unbeantwortet lassen.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*Anna Schafran ist eine russische Fernseh- und Radiomoderatorin.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im März 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.